

# Demokratiedistanz politisch unzufriedener Bürger/-innen

Rainer Stocker



GUTACHTEN

## EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

2



# Demokratiedistanz politisch unzufriedener Bürger/-innen

Gutachten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung  
von TNS Infratest Politikforschung

# Impressum

ISBN 978-3-86498-910-0

## Herausgegeben vom

Forum Berlin  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Dr. Dietmar Molthagen  
Hiroshimastraße 17  
10785 Berlin

## Verfasser

Rainer Stocker

## Redaktion

Dr. Dietmar Molthagen

## Gestaltung

Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

## Fotos

dpa Picture Alliance, Fotolia, Pellens

## Webfassung

© Friedrich-Ebert-Stiftung 2014

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES  
herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche  
Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

# Inhalt

1. Einleitung.....	4
2. Studiendesign .....	7
3. Empirische Befunde.....	9
3.1 Bindungskraft der SPD und Bindungskraft der CDU/CSU .....	9
3.2 Beschreibung der Segmente mit schwacher bzw. ohne Bindung an die Volksparteien .....	10
3.3 Gründe für eine schwache Bindung an die SPD und die CDU/CSU .....	19
3.4 Für beide Volksparteien nicht Erreichbare .....	22
4. Zusammenfassung und Fazit .....	25
5. Literatur .....	27
6. Nachwort des Herausgebers: Politische Unzufriedenheit – Konsequenzen für die politische Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung .....	28
7. Abbildungsverzeichnis.....	31

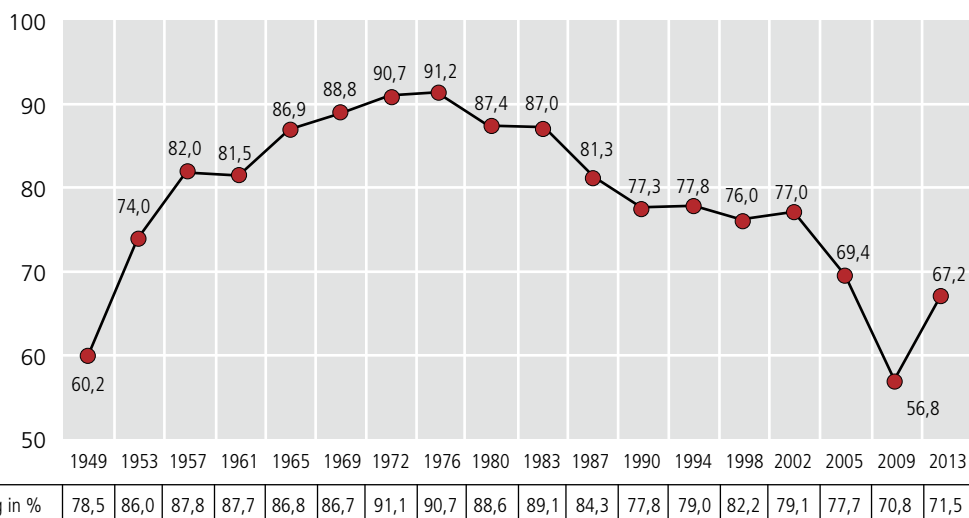
# 1. Einleitung

Seit den 1970er Jahren kann man bei Bundestagswahlen zwei recht eindeutige Entwicklungen beobachten, die einander gegenseitig bedingen und für eine zunehmende Distanz der Bürger gegenüber der Politik sprechen. Da ist zum einen die mit wenigen Ausnahmen kontinuierlich rückläufige Wahlbeteiligung, die beim Urnengang 2009 mit nur noch 70,8 Prozent einen historischen Tiefstand erreichte. Dieser Abwärtstrend konnte bei der Bundestagswahl im September 2013 durch einen geringfügigen Anstieg auf 71,5 Prozent nur gestoppt, nicht aber entscheidend umgekehrt werden. Einschränkend muss erwähnt werden, dass auch die hohen Beteiligungsquoten von mehr als 90 Prozent bei den Wahlen von 1972 und 1976 in der Geschichte der Bundesrepublik eine Ausnahme bilden. So lag über alle bisherigen 18 Bundestagswahlen hinweg die durchschnittliche Wahlbeteiligung bei rund 83 Prozent.

Allerdings ist das Niveau der Wahlbeteiligung nicht das einzige entscheidende Kriterium zur Bewertung der wichtigsten Form demokratischer Mitbestimmung. Wichtig ist auch das Ausmaß der sozialen Segregation. Hier konnte in einer Studie, in der die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 auf Stadtteil- und Stimmbezirksebene in Abhängigkeit von der sozialen Situation untersucht wurde, ein klarer Zusammenhang festgestellt werden: je unsicherer die sozialen Verhältnisse im Stadtteil oder Stimmbezirk, also je höher die Arbeitslosenquote, je schlechter das Wohnumfeld, je geringer das formale Bildungsniveau und die Kaufkraft der Haushalte, desto niedriger fällt die Wahlbeteiligung aus (Schäfer et al. 2013: 10). Insgesamt sprechen die Wahlabstinz eines erheblichen Teils der Bevölkerung und die fehlende soziale Repräsentativität der Wählerschaft folglich für eine ernstzunehmende Entfremdung zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen und der Politik.

Die zweite Entwicklung, die mehr oder minder parallel dazu verlief, ist die abnehmende Bindungskraft der beiden großen Volksparteien. Wichtigstes Indiz dafür sind

die Wahlergebnisse der SPD und der Union bei Bundestagswahlen. Beide Parteien haben seit den 1970er Jahren, als die kumulierten Zweitstimmenanteile von CDU/CSU und SPD bei Ergebnissen über 90 Prozent lagen, kontinuierlich an Bindungskraft eingebüßt. Bei den Bundestagswahlen in den Nachwendejahren lagen die drei Parteien zusammen immerhin noch bei rund 77 Prozent. Bei den Urnengängen zwischen 1998 und 2009 verlor jedoch insbesondere die SPD an Vertrauen bei den Wählern und büßte in dieser Zeitspanne rund die Hälfte ihrer Wählerstimmen ein. Dies lag neben Verlusten im Zuge des Generationenwechsels und Stimmabgaben an die politische Konkurrenz vor allem an einem Mobilisierungsproblem. So blieben im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 vier Jahre später rund zwei Millionen ehemalige SPD-Wähler der Wahl fern (Merz/Hofrichter 2013: 98 f.). Doch auch die Union, die 2009 das zweitschlechteste Wahlergebnis in ihrer Geschichte verkraften musste, litt bei diesem Urnengang unter dem Negativrekord bei der Wahlbeteiligung und verlor rund eine Million Stimmen an das Nichtwählerlager (ebd.). Dies hatte zur Konsequenz, dass der kumulierte Zweitstimmenanteil bei der Bundestagswahl 2009 mit 56,8 Prozent erstmals deutlich unter die 60-Prozent-Marke sank. Beim Urnengang im September 2013 konnte nun eine Umkehr dieses Trends beobachtet werden. Der Anstieg des gemeinsamen Wähleranteils auf 67,2 Prozent und damit auf das Niveau der Wahl von 2005 ist in erster Linie auf die starken Zugewinne, die die beiden Unionsparteien für sich verbuchen konnten, zurückzuführen. Die SPD konnte zu diesem Anstieg nur einen geringen Anteil beitragen. Ob der Abwärtstrend dauerhaft gestoppt ist, darf jedoch bezweifelt werden. So ist die Wahlbeteiligung im Vergleich zu vor vier Jahren nur marginal angestiegen, was erneut vor allem den Sozialdemokraten schadete, die ihre 2009 erlittenen Verluste an das Nichtwählerlager kaum kompensieren konnten. Zudem ist die seit den 1980er Jahren zu beobachtende Ausdifferenzierung des Parteiensystems keineswegs beendet, sondern wird eher dadurch verdeckt, dass mit der FDP und der AfD zwei Parteien mit



Quelle: Bundeswahlleiter; angegeben sind Zweitstimmenanteile in Prozent.

zusammen fast zehn Prozent den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde nur knapp verfehlt haben.

Ein weiteres Symptom für die Bindungsschwäche der Volksparteien und somit auch für eine zunehmende Distanz der Bürger zu wichtigen Akteuren des politischen Systems ist die abnehmende Bereitschaft der Deutschen, sich im Rahmen von politischen und gesellschaftlichen Organisationen zu engagieren. Auch von diesem Trend sind in erster Linie die SPD und die Union betroffen, deren Mitgliederzahlen in den beiden letzten Jahrzehnten erodiert sind. Seit 1990 hat die SPD den Verlust von rund der Hälfte ihrer Mitglieder zu beklagen, die Christdemokraten haben im selben Zeitraum rund ein Drittel ihrer Parteigänger verloren. Damit sind insgesamt zwar immer noch mehr Mitglieder in den beiden großen Volksparteien organisiert als in den 1950er und 1960er Jahren, der Rückgang der Mitgliederzahlen verläuft aber relativ kontinuierlich (vgl. Niedermayer 2013). Die Gründe für diese Entwicklung sind sicher vielfältig und nicht allein in einem Versagen der Parteien begründet. Ein Teil der dadurch freigesetzten Kapazitäten wird zudem durch neue Formen der politischen Teilhabe wie Protestbewegungen oder Nichtregierungsorganisationen gebunden. Allerdings verfügen deren Repräsentanten nicht über dieselbe demo-

kratische Legitimation wie gewählte Vertreter von Parteien (Holtmann 2012: 12). Schließlich ist auch die in Umfragen gemessene, chronisch schlechte Reputation der Parteien ein Beleg für das Misstrauen eines Großteils der Bevölkerung gegenüber diesen Institutionen. So vertrauen derzeit jeweils rund vier von zehn Wahlberechtigten dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung, aber nur etwas mehr als ein Fünftel den politischen Parteien (vgl. infratest dimap 2013). Der Berufsgruppe der Politiker schenkt sogar nur jeder Zehnte Vertrauen (vgl. GfK Gruppe 2011). Zwar wird zurecht darauf hingewiesen, dass das so ermittelte mangelnde Vertrauen in die Parteien zumindest teilweise auch auf die allgemeine Art der Fragestellung zurückgeführt werden kann, weil die wenigsten Menschen allen Parteien gleichermaßen vertrauen dürften (Merkel 2009: 16). Und auch zwischen Politikern differenzieren die Menschen mitunter stark. Dennoch sind diese Werte Beleg für eine weit verbreitete kritische Grundhaltung gegenüber Parteien und ihren Vertretern, obwohl ihnen in unserer parteienstaatlich formierten Demokratie wichtige Aufgaben wie die Bündelung divergierender Interessen und die Übertragung der Erwartungen und Wünsche der Bürger in die Sphäre des Staates, zukommen (Holtmann 2012: 12).

Die genannten Indikatoren zeigen, dass insbesondere die beiden Volksparteien Union und SPD von einem Vertrauensverlust betroffen sind und immer weniger ihrem Anspruch gerecht werden, als sogenannte „Catch-All-Parteien“ möglichst viele Wählerschichten zu integrieren und anzusprechen. Dabei wurde bei der letzten Bundestagswahl 2013 auch deutlich, dass die kleineren Parteien nur bis zu einem gewissen Grad und nicht dauerhaft von der Schwäche der Volksparteien profitieren und enttäuschte Wähler, die sich von der SPD oder der Union abgewendet haben, an sich binden konnten. So mussten die Grünen, die FDP und auch die Linke nach ihrem erfolgreichen Abschneiden beim Urnengang 2009 zuletzt deutliche Verluste hinnehmen. Als „Single-Issue-Parteien“, die vornehmlich über einen bestimmten Themenkomplex – bei den Grünen die Umwelt- und Energiepolitik, bei den Liberalen die Steuer- und Finanzpolitik und bei der Linken Fragen der sozialen Gerechtigkeit – wahrgenommen werden, scheint der Wählerstamm dieser Parteien auf einen überschaubaren Personenkreis begrenzt. Viele Nichtwähler, die häufiger in einfachen oder gar prekären sozialen Verhältnissen leben, fühlen sich von ihnen anscheinend nicht ausreichend angesprochen und verharren in der Wahlabstinz. Dies ist eigentlich die typische Klientel von Volksparteien, die nicht nur die Interessen einer bestimmten Schicht oder Klasse vertreten (Lösche 2009: 6 f.), sondern versuchen, ganz verschiedene Bevölkerungsgruppen – darunter eben auch eher politikferne Schichten mit geringen sozioökonomischen Ressourcen – anzusprechen. Wo den Volksparteien dies nicht gelingt, kann eine steigende Wahlbeteiligung gelegentlich auch dazu führen, dass nicht andere demokratische Parteien davon profitieren, sondern vielmehr rechtspopulistische oder gar rechtsextreme Parteien. So ging beispielsweise bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1998 der deutliche Anstieg der Wahlbeteiligung mit einem Rekordergebnis der DVU von rund 13 Prozent einher. Aber auch in westdeutschen Bundesländern ließ sich dieses Phänomen bereits beobachten, so zum Beispiel bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg 2001, bei der die sog. Schill-Partei auch dank

eines moderaten Anstiegs der Wahlbeteiligung fast ein Fünftel der Wählerstimmen gewinnen konnte. In den genannten Beispielen gelang es der DVU beziehungsweise der Schill-Partei vor allem viele ehemalige Nichtwähler und Menschen mit niedrigem formalem Bildungsniveau zu mobilisieren. Unzufriedenheit mit den Volksparteien darf also auch aus demokratischen Überlegungen heraus nicht einfach hingenommen werden.

Deshalb fragt die vorliegende Untersuchung in einem ersten Schritt nach dem Grad der Unzufriedenheit der Bürger mit der SPD und der Union. Dazu wird die Grundgesamtheit der Wahlberechtigten hinsichtlich ihrer Bindung an die Parteien segmentiert und die Größe der so identifizierten Segmente eruiert. Da die Untersuchung auf einer im Vergleich zu anderen Umfragen großen Ausgansstichprobe basiert, können in einem zweiten Schritt die Segmente mit einer sehr schwachen oder ohne Bindung an die Volksparteien anhand verschiedener Merkmale eingehend beschrieben werden. Schließlich liefert die Analyse auch Anhaltspunkte für die Gründe der Unzufriedenheit mit der SPD und der CDU/CSU.

Der Beitrag beginnt mit einem methodischen Steckbrief der Studie, die die Datengrundlage für die vorliegende Untersuchung bildet sowie der Beschreibung des Verfahrens zur Segmentierung der Grundgesamtheit (Abschnitt 2). Anschließend werden die empirischen Befunde der Studie präsentiert, indem die Segmentierung der Wahlberechtigten hinsichtlich der Intensität ihrer Bindung an die SPD einerseits und an die Union andererseits vorgestellt wird (Abschnitt 3.1) und die so identifizierten Segmente eingehend beschrieben werden (Abschnitt 3.2). Außerdem werden die ermittelten Gründe für die Unzufriedenheit der Bürger mit den Organisationen dokumentiert (Abschnitt 3.3). Schließlich wird die Gruppe derjenigen bestimmt und beschrieben, die derzeit für keine der beiden Volksparteien erreichbar sind (Abschnitt 3.4). Der Bericht endet mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und Schlussfolgerungen (Abschnitt 4).



## 2. Studiendesign

Die Analyse basiert auf den Ergebnissen einer repräsentativen Befragung, die TNS Infratest Politikforschung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung im Oktober 2012 durchgeführt hat. Dabei wurden im Rahmen einer telefonischen Erhebung (CATI-Befragung) 7.436 Wahlberechtigte ab 18 Jahren in Deutschland befragt. Die Stichprobe wurde als repräsentative Zufallsauswahl angelegt. Auch innerhalb von Mehr-Personen-Haushalten erfolgte die Bestimmung der Zielpersonen zufällig.

Zur Operationalisierung politischer Unzufriedenheit mit den Volksparteien kam das Conversion Model von TNS Infratest zur Anwendung. Dieses Modell teilt die Grundgesamtheit der Wahlberechtigten hinsichtlich ihrer Bindung an eine Partei in verschiedene Segmente ein. Es steht dabei in der Tradition der Einstellungs- und Verhaltenstheorien mit der zentralen Annahme, dass Menschen möglichst ihre Einstellungen, Bedürfnisse, Werte und Wünsche mit ihrem Verhalten in Einklang bringen möchten. Das Besondere an der Konzeption ist, dass die Einstellungen der Person gegenüber Einstellungsgegenständen wie etwa Parteien relational und relativ definiert werden. Ein Verhalten wie eine Wahlentscheidung wird demnach von der relativen Einstellung gegenüber der Partei getrieben und beinhaltet auch die Option, gar keine Partei für wählbar zu halten (für eine detaillierte Darstellung des Conversion Models vgl. Hofmeyr/Rice 2000). Bei der Operationalisierung des Konstruktes „Bindung an eine Partei“ stützt sich das Modell also nicht nur auf vergangenes und antizipiertes künftiges Verhalten. Anstatt die Befragten nur nach ihrem Wahlverhalten bei zurückliegenden Wahlen beziehungsweise ihrer Wahlabsicht bei künftigen Urngängen zu fragen, versteht das Conversion Model die Bindung als eine Funktion aus den drei Dimensionen Zufriedenheit, Wichtigkeit (Involvement) und Ambivalenz und stellt dazu entsprechende Fragen. Zufriedenheit bezieht sich auf das Ausmaß, wie zufrieden oder unzufrieden man mit der Leistung einer Partei ist. Je zufriedener man mit der Kompetenz einer Partei ist, desto

stärker ist die Bindung an diese Partei ausgeprägt. In diesem Fall wird Zufriedenheit durch die Einschätzung operationalisiert, wie gut eine Regierungsbeteiligung der betreffenden Partei für Deutschland wäre. Wichtigkeit (Involvement) misst das Ausmaß, inwieweit Wählen zu können für eine Person überhaupt wichtig ist oder nicht. Je wichtiger die Entscheidung ist, desto mehr steht bei dieser Entscheidung auf dem Spiel. Bei Menschen, denen die Wahlentscheidung wichtig ist, hat die Gesamtbeurteilung einer bestimmten Partei sehr viel stärkeren Einfluss auf die Wahlentscheidung als bei Menschen, denen ihr Demokratierecht wenig relevant erscheint. Mit Ambivalenz ist das Ausmaß gemeint, inwieweit man sich hinsichtlich seiner Einstellung gegenüber der Partei sicher ist. Falls eine Person sowohl gute Gründe für die Wahl der Partei X als auch für die Wahl der Partei Y sieht, ist ihre Einstellung gegenüber der Partei X nicht sehr fest und stabil. Natürlich interagieren diese verschiedenen Faktoren untereinander und die Bindung einer Person an eine Partei ist letztlich das Ergebnis dieser Interaktion.

Durch die Berechnungen des Conversion Models auf Basis dieser Fragen ist es möglich, die Gesamtheit der Wahlberechtigten für jede der beiden Volksparteien unterschiedlichen Segmenten zuzuordnen. Dabei unterteilt das Modell zunächst die Anhänger der jeweiligen Partei in stark gebundene, schwach gebundene sowie wechselbereite Personen. Bei allen übrigen Wahlberechtigten, die diese Partei nicht wählen würden (also Anhänger anderer Parteien, Unentschiedene und Nichtwähler), wird nochmals zwischen Affinen und Nichterreichbaren differenziert. Die Affinen weisen noch eine wenn auch sehr schwache Bindung an die jeweilige Partei auf. Bei den Nichterreichbaren ist dies dagegen nicht der Fall. Dabei gilt es zu beachten, dass dieses Modell nicht darauf abzielt, den Anteil der aktuellen SPD- oder CDU/CSU-Wähler unter den Wahlberechtigten möglichst genau zu bestimmen, wie dies im Rahmen der Wahlforschung mit der Erhebung der sogenannten „Sonntagsfrage“ getan wird.

Vielmehr soll durch das implizite Vorgehen das Ausmaß der Bindung an die Parteien als Funktion aus mehreren Dimensionen bestimmt werden. Da die Parteibindung der Wahlberechtigten für jede Partei einzeln vorgenommen wird, trägt das Modell der Tatsache Rechnung, dass sich beispielsweise ein SPD-Anhänger gleichzeitig im Segment der „CDU/CSU-Affinen“ befinden kann und umgekehrt.

Die Zuordnung jedes einzelnen Befragten zu einem der Segmente erfolgt im Rahmen eines multivariaten Verfahrens. Dabei zeigen sich unabhängig davon, welche Partei zur Segmentierung herangezogen wird, ähnliche Muster innerhalb der einzelnen Segmente. So ist die Bindung an die jeweilige Partei umso stärker ausgeprägt, je positiver eine Regierungsbeteiligung eben jener Partei bewertet wird, je mehr Bedeutung man der Entscheidung für eine bestimmte Partei bei einer Bundestagswahl beimisst und je weniger gute Gründe man dafür sieht, für eine andere als die favorisierte Partei zu stimmen. Bei den stark gebundenen Anhängern sind diese Merkmale jeweils besonders deutlich ausgeprägt. Sie verfügen über eine auch emotional unterfütterte Bindung an ihre Partei und werden ihr auf lange Sicht die Treue halten. Bei schwach gebundenen Anhängern treten diese Merkmale schon weniger deutlich zu Tage. Ihre Bindung an die jeweilige Partei ist in erster Linie rational motiviert. Und wechselbereite Anhänger zeichnen sich neben einer deutlich schlechteren Bewertung der Regierungsbeteiligung und einem im Vergleich zu anderen unterdurchschnittlichem Involvement (Wichtigkeit der Wahlentscheidung) insbesondere dadurch aus, dass sich alle in diesem Segment auch die Wahl einer anderen Partei vorstellen können, die Attraktivität parteipolitischer Alternativen mithin als sehr hoch eingeschätzt wird. Bei den Affinen und den für eine

Partei Nichterreichbaren fällt die mit Hilfe der genannten Indikatoren gemessene Bindung an eine Partei naturgemäß deutlich geringer aus, wobei sich die Affinen im Vergleich zu den Nichterreichbaren noch durch eine größere Nähe zu der jeweiligen Partei auszeichnen. Dies ist zum einen der Tatsache geschuldet, dass sie eine Regierungsbeteiligung der Partei besser bewerten als die Nichterreichbaren. Andererseits sehen bei den Affinen mehr Personen nicht nur gute Gründe für die Wahl ihrer derzeit präferierten Partei, sondern auch gute Gründe, für eine andere Partei (hier also: für die SPD beziehungsweise die Union) zu stimmen. Die Nichterreichbaren verfügen hingegen über keinerlei Bindung an die Partei, so dass auch auf lange Sicht beispielsweise die Wahlentscheidung für diese Partei äußerst unwahrscheinlich ist.

Um die einzelnen Segmente möglichst detailliert beschreiben zu können, wurde eine im Vergleich zu anderen Umfragen sehr große Zahl an Interviews durchgeführt. Für jeden Befragten liegen Angaben zu soziodemografischen Merkmalen vor. Diejenigen mit Affinität zu einer der beiden Volksparteien haben darüber hinaus noch weitere Fragen zur Zufriedenheit mit der Situation in Deutschland, zur Sicherheit ihrer Lebenslage, zum politischen Interesse und zu den Gründen ihrer Unzufriedenheit mit der SPD beziehungsweise der CDU/CSU erhalten. Gerade was die Gründe für die Unzufriedenheit und die damit verbundene abnehmende Bindungskraft der Volksparteien angeht, sind diese Personen besonders interessant, da sie trotz ihrer Unzufriedenheit noch eine gewisse Bindung zur jeweiligen Partei aufweisen. So darf man vermuten, dass sie die Gründe für ihren Missmut eher konkretisieren können, als Personen, die keinerlei Verbindung zu diesen Parteien haben.

## 3. Empirische Befunde

### 3.1 Bindungskraft der SPD und Bindungskraft der CDU/CSU

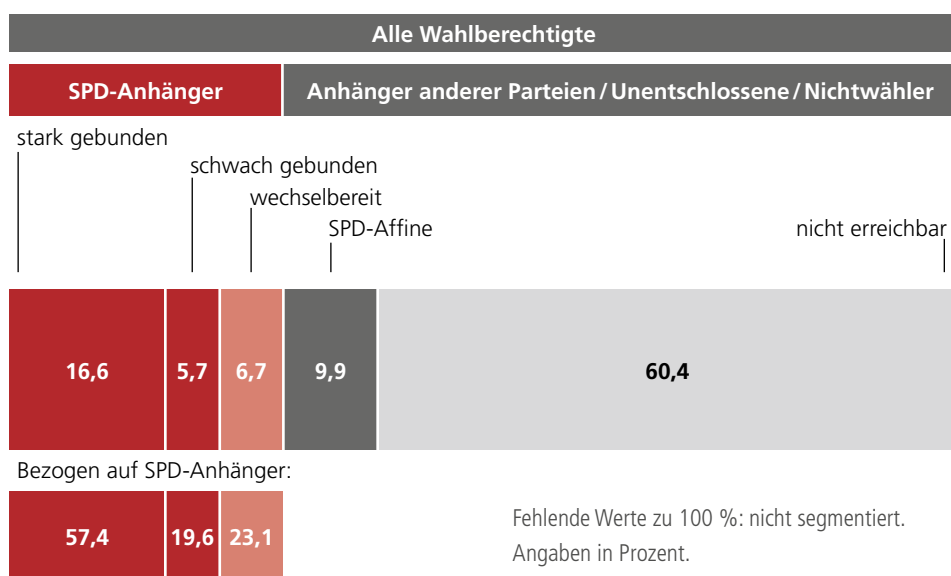
#### Segmentierung der Grundgesamtheit hinsichtlich der Bindung an die SPD

Die Segmentierung mit Hilfe des TNS Conversion Modells ergibt, dass etwa 57 Prozent der SPD-Anhänger als stark gebunden bezeichnet werden können (dies entspricht einem Anteil an allen Wahlberechtigten von 16,6 Prozent). Ein weiteres Fünftel (19,6 Prozent) der SPD-Anhänger weist dagegen nur eine *schwache Bindung* an die Sozialdemokraten auf und fast jeder Vierte (23,1 Prozent) ist grundsätzlich *bereit für einen Wechsel* zu einer anderen Partei oder ins Nichtwählerlager. Nun muss an dieser Stelle nochmals erwähnt werden, dass dies nicht bedeutet, dass zum Zeitpunkt der Erhebung knapp 30 Prozent

der Wahlberechtigten bei einer Bundestagswahl ihre Stimme für die SPD abgegeben hätten. Dies wird schon unmittelbar dadurch deutlich, dass fast ein Viertel davon als wechselbereit gelten kann.

Der Rest der Wahlberechtigten sind Anhänger anderer Parteien, derzeit Unentschlossene und Nichtwähler. Dieser übrige Wählermarkt wird unterteilt in Personen, die trotz einer sehr schwachen Bindung an die SPD noch eine gewisse Affinität ihr gegenüber haben (*SPD-Affine*), und Personen, die für die SPD *nicht erreichbar* sind. Im ersten Segment befindet sich fast jeder zehnte Wahlberechtigte (9,9 Prozent), für die SPD nicht erreichbar sind rund sechs von zehn (60,4 Prozent). Damit weisen insgesamt rund sieben von zehn Wahlberechtigten (70,3 Prozent) nur eine sehr schwache oder gar keine Bindung zu den Sozialdemokraten auf.

Grafik 2: Alle Wahlberechtigte: Verhältnis zur SPD



## Segmentierung der Grundgesamtheit hinsichtlich der Bindung an die CDU/CSU

Wie bereits erwähnt, segmentiert das Conversion Model die Grundgesamtheit der Wahlberechtigten nicht nur hinsichtlich ihrer Bindung an eine Partei, sondern nimmt diese Unterteilung auch für jede weitere abgefragte Partei vor. Demnach konnten im Herbst letzten Jahres fast 64 Prozent der CDU/CSU-Anhänger als *stark gebunden* bezeichnet werden (dies entspricht einem Anteil an allen Wahlberechtigten von 20,6 Prozent). Der Anteil dieser auch emotional an die Partei gebundenen Anhänger fällt folglich bei der Union höher aus als bei der SPD. 17,6 Prozent der CDU/CSU-Anhänger sind vergleichsweise *schwach an die Partei gebunden* und 18,9 Prozent können als *wechselbereit* bezeichnet werden. Dies liefert auch einen Hinweis darauf, warum der Abstand zwischen dem Wahlergebnis der Union und der SPD bei der Bundestagswahl 2013 deutlich größer ausfiel, als die politische Stimmung dies zum Zeitpunkt dieser Erhebung vermuten ließ. So erreichte die SPD im Herbst 2012 bei der Sonntagsfrage noch einen Wert von rund 30 Prozent und die Union lag unter der 40-Prozent-Marke. Bei der Bundestagswahl betrug der Vorsprung der Union vor der SPD dann fast 16 Prozentpunkte. Anscheinend ist es also bei dieser Wahl den Unionsparteien wesentlich besser ge-

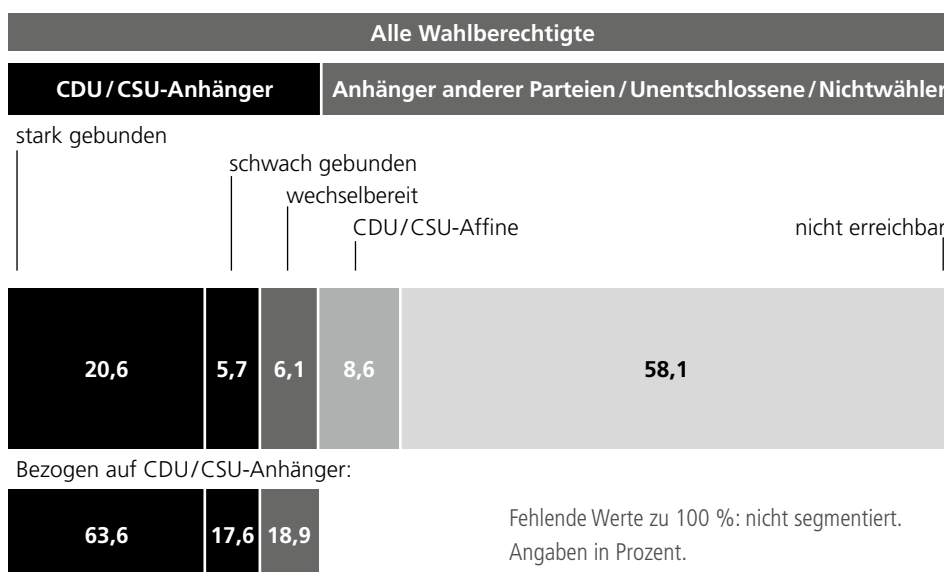
lungen, die eigene Wählerschaft zu mobilisieren und an sich zu binden als den Sozialdemokraten.

Bei allen übrigen Wahlberechtigten wird erneut differenziert zwischen denjenigen Anhängern anderer Parteien, Unentschlossenen und Nichtwählern, die trotz einer sehr schwachen Bindung noch eine gewisse Affinität zur Union aufweisen (*CDU/CSU-Affine*: 8,6 Prozent) und denjenigen, die für die Partei als nicht erreichbar gelten können (58,1 Prozent). Mit insgesamt 66,7 Prozent fällt der Anteil der nur sehr schwach oder gar nicht an die Union Gebundenen somit etwas geringer aus als bei der SPD.

### 3.2 Beschreibung der Segmente mit schwacher bzw. ohne Bindung an die Volksparteien

Aus Sicht der vorliegenden Studie interessieren in erster Linie diejenigen Segmente, die eine eher schwache Bindung an die Volksparteien aufweisen und dementsprechend als unzufrieden gelten können. Dies sind zum einen die Wechselbereiten in der jeweiligen Anhängerschaft, da diese im Gegensatz zu den restlichen Anhängern vergleichsweise schwach gebunden sind und sich auch die Wahl einer anderen Partei oder den Wechsel ins Nichtwählerlager vorstellen können. Am wichtigsten sind in die-

Grafik 3: Alle Wahlberechtigten: Verhältnis zur CDU/CSU



sem Zusammenhang aber diejenigen, die die Partei nicht wählen würden, also die Nichterreichbaren sowie Affinen. Diese Segmente sollen im Folgenden näher untersucht werden. Wo dies möglich ist, dienen die SPD- beziehungsweise die CDU/CSU-Anhänger als Referenzgruppe.

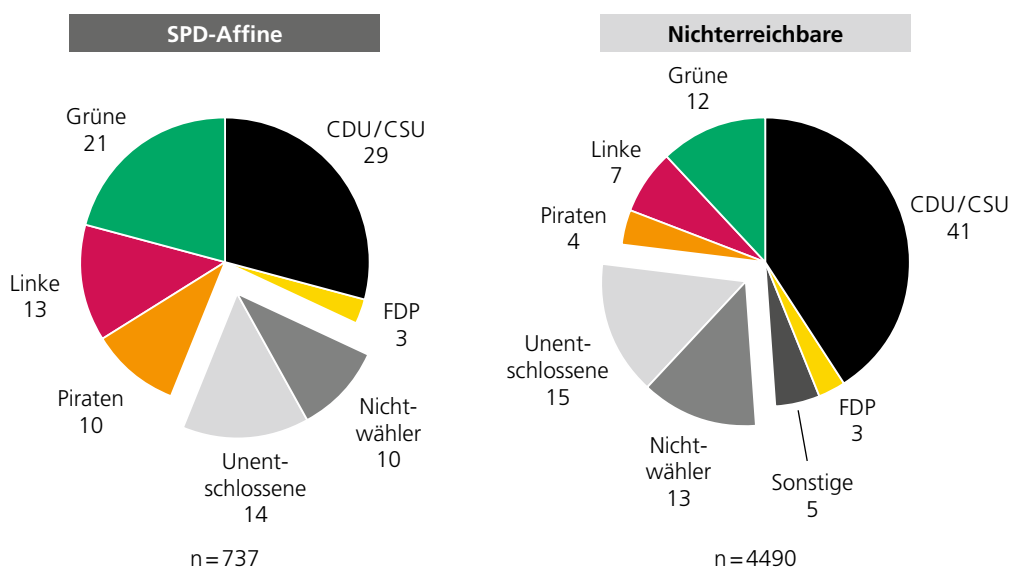
## Politische Herkunft

Bei den Affinen und den Nichterreichbaren ist zunächst von Interesse, welcher Partei – wenn überhaupt – sie derzeit ihre Stimme geben würden. Im Oktober 2012 gaben knapp drei von zehn (29 Prozent) der SPD-Affinen an, dass sie die Union wählen würden, wäre bereits am nächsten Sonntag Bundestagswahl. Nur ein Bruchteil (3 Prozent) tendierte zur FDP. Damit ist in diesem noch vergleichsweise SPD-nahen Segment das bürgerliche Lager nur unterdurchschnittlich vertreten. Diese Personengruppe rekrutiert sich insbesondere aus Anhängern des linken Parteienspektrums, also aus der Anhängerschaft der Grünen (21 Prozent), der Linken (13 Prozent) und der Piraten (10 Prozent). Rund jeder Siebte (14 Prozent) in diesem Segment war sich hinsichtlich seiner Wahlentscheidung zum Erhebungszeitpunkt noch unsicher, jeder Zehnte (10 Prozent) hätte sich zum damaligen Zeitpunkt nicht an der Wahl beteiligt.

Ein deutlich anderes Bild zeigt sich mit Blick auf die Parteianhängerschaft derjenigen, die für die SPD nicht erreichbar sind. Hier handelt es sich in erster Linie um Personen, die der Union, den Liberalen oder den Kleinstparteien nahe stehen. Vier von zehn (41 Prozent) hätten ihre Stimme im Herbst letzten Jahres der CDU oder CSU gegeben, 3 Prozent den Liberalen und jeder Zwanzigste (5 Prozent) hätte sich für eine Splitterpartei entschieden. Das linke Parteienspektrum ist in diesem Segment, das sich aus Wahlberechtigten ohne Bindung zur SPD zusammensetzt, nur schwach vertreten: 12 Prozent tendierten zum damaligen Zeitpunkt zu den Grünen, 7 Prozent zu den Linken und 4 Prozent hätten für die Piratenpartei votiert. Im Vergleich zur Gruppe der SPD-Affinen fällt hier der Anteil der unentschlossenen (15 Prozent) oder zur Nichtwahl neigenden (13 Prozent) Wahlberechtigten mit insgesamt 28 Prozent höher aus. Dies kann als Hinweis dafür gelten, dass sich in diesem Segment viele Menschen befinden, die sich keiner Partei nahe fühlen und entsprechend als politikfern gelten können.

Zum Zeitpunkt der Erhebung lag das linke Parteienspektrum – also SPD, Grüne, Linke und Piraten – in der politischen Stimmung klar vor dem bürgerlichen Lager. Vor allem die FDP hatte bereits mit mangelndem Zuspruch der Wahlberechtigten zu kämpfen. Deshalb ver-

Grafik 4: SPD-Affine und Nichterreichbare: politische Herkunft



**Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?**

Angaben in Prozent. Basis: SPD-Affine und Nichterreichbare.

wundert es nicht, dass auch in den nur schwach oder gar nicht an die Union gebundenen Segmenten der Anteil der FDP-Anhänger eher gering ausfällt. In der Gruppe der CDU/CSU-Affinen stammt immerhin noch jeder Zehnte (10 Prozent) aus der Anhängerschaft der Liberalen. Ein Drittel neigte zum Befragungszeitpunkt der SPD zu (33 Prozent). Dies zeigt, dass es zwischen den beiden Volksparteien beachtliche Schnittmengen gibt: jeweils rund drei von zehn derjenigen mit Affinität zu einer der beiden Parteien stammt aus der Anhängerschaft der jeweils anderen. Rund ein Zehntel (11 Prozent) dieses Segments gab an, die Grünen zu wählen und 10 Prozent die Piratenpartei, die damals in der politischen Stimmung noch gut abschnitt. Knapp jeder Siebte (15 Prozent) war noch unentschlossen und 11 Prozent in dieser Gruppe tendierten zur Wahlenthaltung.

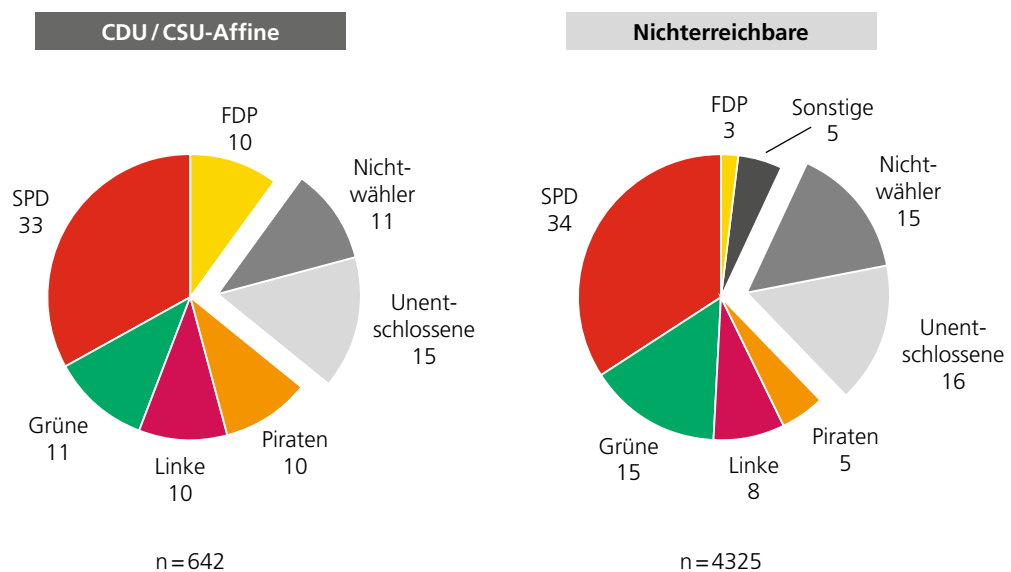
Bei denjenigen, die für die CDU/CSU gar nicht erreichbar sind, fällt der Anteil der FDP-Anhänger mit 2 Prozent nochmal deutlich geringer aus. Gut sechs von zehn (62 Prozent) in dieser Gruppe stammen aus dem linken Parteienspektrum und insgesamt fast ein Drittel war sich hinsichtlich seiner Wahlentscheidung noch unsicher (16 Prozent) oder gab an, sich nicht an der Bundestagswahl beteiligen zu

wollen (15 Prozent). Wie auch im vergleichbaren SPD-Segment, befinden sich unter den Nichterreichbaren im Vergleich zu den Affinen also wesentlich mehr Menschen, die den Parteien und vermutlich auch der Politik generell distanzierter gegenüberstehen.

### Soziostrukturelle Zusammensetzung der Segmente

Hinsichtlich des Alters zeigt sich, dass in allen Segmenten mit schwacher oder ohne Bindung an die SPD im Vergleich zur Gruppe der SPD-Anhänger die jungen und mittleren Jahrgänge besonders stark vertreten sind. Dies belegt vor allem der Blick auf die Nichterreichbaren, bei denen die Altersgruppen der 25- bis 34-Jährigen und der 35-44-Jährigen überdurchschnittlich repräsentiert sind (jeweils +4 Punkte im Vergleich zu den SPD-Anhängern). Im Segment der SPD-Affinen befinden sich zudem viele Menschen im Alter zwischen 35 und 44 Jahren (+4 Punkte) und bei den wechselbereiten SPD-Anhängern sind vor allem die 25- bis 34-Jährigen stark überrepräsentiert (+8 Punkte). Zu diesem Befund passt, dass der Anteil der Berufstätigen bei den Nichterreichbaren (+6 Punkte), den Affinen (+7 Punkte) und den wechselbereiten Anhängern

Grafik 5: CDU/CSU-Affine und Nichterreichbare: politische Herkunft



Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

Angaben in Prozent. Basis: CDU/CSU-Affine und Nichterreichbare.

(+8 Punkte) deutlich höher ausfällt als im Segment der SPD-Anhänger. Auch Eltern von Kindern unter 14 Jahren sind in den Segmenten der Nichterreichbaren und der SPD-Affinen leicht (jeweils +3 Punkte), bei den wechselbereiten SPD-Anhängern deutlich (+9 Punkte) überdurchschnittlich vertreten. Was die Geschlechterquote anbelangt, fallen die Unterschiede in den einzelnen Segmenten eher marginal aus, mit Ausnahme der Gruppe der Wahlberechtigten mit SPD-Affinität, in der mehr Frauen vertre-

ten sind als bei den SPD-Anhängern (+4 Punkte). Auch die Differenzen in Bezug auf das formale Bildungsniveau sind eher gering. Lediglich bei den wechselbereiten SPD-Anhängern zeigt sich ein Überhang an Personen, die als höchsten Bildungsabschluss die Mittlere Reife angeben (+5 Punkte). Tendenziell sind auch Menschen aus den neuen Bundesländern etwas stärker in den Segmenten mit schwacher oder ohne Bindung an die SPD vertreten, ebenfalls vor allen Dingen in der Gruppe der SPD-Affinen (+5 Punkte).

Grafik 6: SPD-Segmente: Sozialstruktur I

	Gesamt n = 7436	SPD-Anhänger		SPD-Affine n = 737	Nicht- erreichbare n = 4490
		alle n = 2152	wechselbereit n = 497		
<b>Alter</b>					
18–24 Jahre	10	8	10	9	11
25–34 Jahre	12	10	18	10	14
35–44 Jahre	15	12	13	16	16
45–59 Jahre	30	31	33	34	29
60 und älter	33	39	26	31	30
<b>Geschlecht</b>					
männlich	48	50	51	46	48
weiblich	52	50	49	54	52

Angaben in Prozent.

Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

Grafik 7: SPD-Segmente: Sozialstruktur II

	Gesamt n = 7436	SPD-Anhänger		SPD-Affine n = 737	Nicht- erreichbare n = 4490
		alle n = 2152	wechselbereit n = 497		
<b>Bildung</b>					
Hauptschule	32	35	32	29	30
Mittlere Reife	39	39	44	41	40
Abitur	13	12	12	14	14
Studium	13	12	11	15	13
<b>Berufstätige</b>	59	55	63	62	61
<b>Kinder unter 14</b>	21	19	28	22	22
<b>Region</b>					
West	78	79	76	74	78
Ost	22	21	24	26	22

Angaben in Prozent.

Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

In den vergleichsweise schwach an die Union gebundenen Segmenten (Wechselbereite, CDU/CSU-Affine und Nichterreichbare) dominiert in erster Linie die Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen (jeweils 32 Prozent; +6 Punkte im Vergleich zu allen CDU/CSU-Anhängern). Die hohe Zahl der ganz jungen Jahrgänge im Alter zwischen 18 und 24 Jahren im Segment der wechselbereiten Unionsanhänger (+5 Punkte) erklärt sich auch dadurch, dass in dieser Lebensphase noch wenig Möglichkeit bestand, eine ausgeprägte Parteibindung zu entwickeln. Diese Personen hatten bisher noch kaum Möglichkeiten, sich an Wahlen zu beteiligen und sind daher für politische Alternativenangebote noch eher empfänglich. Eine auffällige Parallele zwischen den SPD- und den CDU/CSU-Segmenten hinsichtlich des Alters zeigt sich mit Blick auf die (Stamm-)Wählerschaft der beiden Parteien, in der Personen im Alter über 60 Jahren überdurchschnittlich vertreten sind. So sind bei den stark gebundenen CDU/CSU-Anhängern 39 Prozent bereits im Seniorenalter, bei den stark gebundenen SPD-Anhängern sogar 44 Prozent. Ein hohes Alter der Stammwählerschaft betrifft also die beiden Volksparteien in gleicher Weise. Dies stützt die These, dass die Parteibindung in den vergangenen Jahrzehnten und somit bei den jüngeren Alterskohorten spürbar nachgelassen hat. Eine weitere Gemeinsamkeit mit den entsprechenden SPD-Segmenten zeigt sich bei den Ausprägungen der Variablen Berufstätigkeit und Elternschaft. Auch bei den vergleichsweise schwach an die CDU/CSU gebundenen Gruppen, insbesondere bei den wechselbereiten Anhängern und den CDU/CSU-Affinen, finden sich viele

Menschen, die im Berufsleben stehen (+5 bzw. +4 Punkte) und Kinder unter 14 Jahren haben (+7 bzw. + 4 Punkte). Dies hängt sicher auch mit dem ersten Befund einer generell schwächeren Ausprägung der Parteibindung in jüngeren Jahrgängen zusammen.

Waren bei den SPD-affinen Wahlberechtigten mehr Frauen als Männer zu finden, ist es im Segment der Personen mit entsprechend schwacher Bindung an die Union genau umgekehrt: hier liegt die Männerquote bei 53 Prozent und damit 6 Punkte über dem Frauenanteil. Dagegen sind in der Anhängerschaft der Partei, die die erste Kanzlerin in der Geschichte der Bundesrepublik stellt, die Frauen in der Überzahl (54:46 Prozent). Mit Blick auf die Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern zeigt sich dann aber wieder das von den SPD-Segmenten vertraute Muster: im Vergleich zu den Anhängern sind sowohl bei den CDU/CSU-Affinen (+7 Punkte) als auch bei den für die Union nicht Erreichbaren (+6 Punkte) Personen aus Ostdeutschland deutlich überrepräsentiert. Diese schwächere Bindung an SPD und Union im Osten hängt sicher damit zusammen, dass es in den neuen Bundesländern mit der Linken noch eine dritte Volkspartei gibt, deutet möglicherweise aber auch eine generell größere Distanz zu den großen Parteien an als in den alten Bundesländern. Der Vollständigkeit halber soll noch erwähnt werden, dass die Unterschiede in Abhängigkeit von der Bildung auch bei den CDU/CSU-Segmenten nur marginal ausfallen.



	Gesamt n = 7436	CDU / CSU-Anhänger		CDU / CSU- Affine n = 642	Nicht- erreichbare n = 4325
		alle n = 2412	wechselbereit n = 455		
<b>Alter</b>					
18–24 Jahre	10	10	15	11	10
25–34 Jahre	12	14	13	16	11
35–44 Jahre	15	14	15	15	15
45–59 Jahre	30	26	32	32	32
60 und älter	33	36	25	26	32
<b>Geschlecht</b>					
männlich	48	46	43	53	49
weiblich	52	54	57	47	51

Angaben in Prozent.

Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

	Gesamt n = 7436	CDU / CSU-Anhänger		CDU / CSU- Affine n = 642	Nicht- erreichbare n = 4325
		alle n = 2412	wechselbereit n = 455		
<b>Bildung</b>					
Hauptschule	32	32	32	32	31
Mittlere Reife	39	40	43	42	39
Abitur	13	14	13	12	14
Studium	13	12	11	12	13
<b>Berufstätige</b>	59	57	62	61	60
<b>Kinder unter 14</b>	21	22	29	26	19
<b>Region</b>					
West	78	82	82	75	76
Ost	22	18	18	25	24

Angaben in Prozent.

Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

## Weitergehende Beschreibung der Segmente mit schwacher Bindung an die Volksparteien

Für die Segmente der Wahlberechtigten mit SPD-Affinität und der Wahlberechtigten mit CDU/CSU-Affinität liegen neben den soziodemografischen Angaben auch Ergebnisse auf einige weitere Fragen vor, die zur Beschreibung der Personen in diesen Gruppen herangezogen werden und Hinweise auf den Grad der Politikdistanz liefern können. Als Kontrollgruppe kann wiederum die jeweilige Anhängerschaft dienen, die dasselbe Fragenprogramm erhalten hat.

Bei den SPD-Segmenten zeigen sich deutliche Unterschiede bei der Frage, wie stark man sich für die Politik in Deutschland interessiert. Während bei den SPD-Anhängern sieben von zehn entweder starkes (50 Prozent) oder sogar sehr starkes (20 Prozent) Interesse bekunden, sind es unter den SPD-Affinen nur 57 Prozent (stark: 44 Prozent; sehr stark: 13 Prozent). Auch bei denjenigen mit Affinität zur Union ist das Interesse an der Politik mit 53 Prozent im Vergleich zu den Anhängern der Partei deutlich schwächer ausgeprägt (-11 Punkte). Sieht man das politische Interesse als Gradmesser dafür, inwieweit die Bürger bereit sind, sich über politische Themen zu informieren und möglicherweise auch am politischen Leben teilzunehmen, muss festgehalten werden, dass die nur Affinen eine größere Distanz zur Politik aufweisen als

Menschen mit einer vergleichsweise starken Bindung zur jeweiligen Volkspartei. Im Vergleich zum Ausmaß an politischem Interesse, das üblicherweise in Umfragen für die Gesamtheit der Wahlberechtigten gemessen wird, handelt es sich aber weder bei den SPD-Affinen noch bei den CDU/CSU-Affinen um eine Gruppe von besonders schwach an der Politik Interessierten. So sind laut ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap aus dem September 2012 55 Prozent der Wahlberechtigten am Politikgeschehen in Deutschland interessiert und damit in etwa so viele wie bei den Unzufriedenen.

Mit Blick auf soziodemografische Teilgruppen innerhalb der beiden Affinen-Segmente zeigen sich ebenfalls viele Parallelen zu den Mustern, die üblicherweise für die Gesamtheit der Wahlberechtigten festgestellt werden. So sind sowohl innerhalb der Gruppe der Personen mit SPD-Affinität als auch der Gruppe der Personen mit CDU/CSU-Affinität weibliche Befragte nur unterdurchschnittlich an Politik interessiert. Zudem verfügen Menschen mit niedrigem formalen Bildungsniveau beziehungsweise einem geringen Haushaltseinkommen über weniger Interesse, sich über Politik zu informieren und am Geschehen teilzunehmen. Dies ist ein Indiz für die These, dass mangelnde sozioökonomische Ressourcen die Distanz zur Politik vergrößern und sich „negativ auf konventionelle und unkonventionelle politische Partizipation“ auswirken (Schäfer

Grafik 10: Interesse für Politik in Deutschland

	sehr stark/ stark	weniger stark/ gar nicht
SPD-Anhänger	70	29
SPD-Affine	57	43
CDU/CSU-Anhänger	64	36
CDU/CSU-Affine	53	47

### Frage: Wie stark interessieren Sie sich für die Politik in Deutschland?

Angaben in Prozent. Basis: Anhänger und Affine.

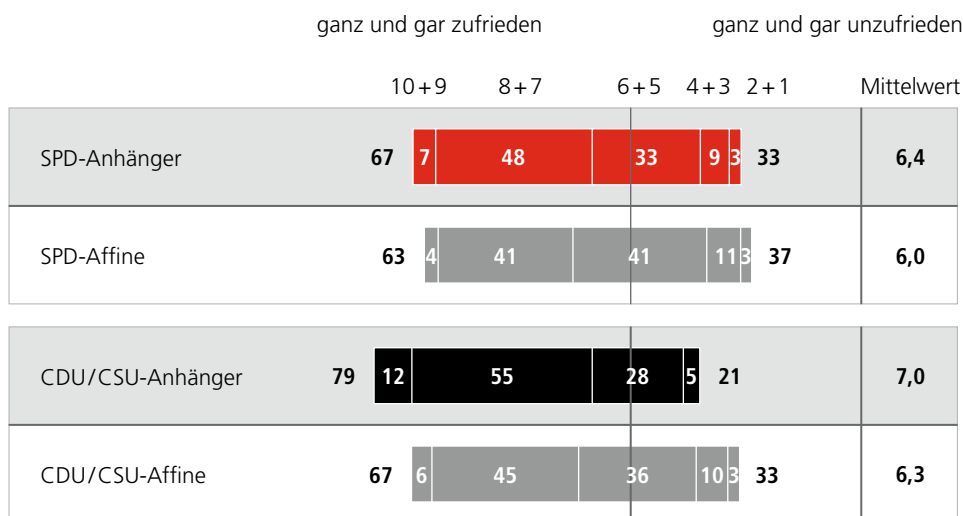
2010: 132). Bei den älteren Alterskohorten über 60 Jahren zeigen dagegen überdurchschnittlich viele Menschen Interesse für Politik. Das weniger stark ausgeprägte Interesse von Eltern kleiner Kinder erklärt sich wohl ebenfalls über das Alter dieser Personen, die noch relativ jung sind. Zudem dürfte diese Gruppe weniger Zeit und Mühe haben, dass politische Geschehen ausgiebig zu verfolgen. Wenig überraschend nehmen Nichtwähler und Unentschlossene innerhalb dieser beiden vergleichsweise schwach gebundenen Segmente deutlich weniger Anteil am politischen Geschehen als der Rest.

Als weiterer Indikator für das Verhältnis zur Politik wurde nach der Beurteilung der allgemeinen Lage in Deutschland gefragt. Bei den SPD-Affinen ist ein Großteil (63 Prozent) grundsätzlich eher bis ganz und gar zufrieden. Gut ein Drittel (37 Prozent) bewertet die Situation im Land dagegen eher negativ. Somit wird zwar auch innerhalb dieser nur schwach an die SPD gebundenen Gruppe die Lage in der Bundesrepublik mehrheitlich positiv bewertet, allerdings etwas schlechter als in der Referenzgruppe (Ø 6,0 im Vergleich zu Ø 6,4 bei den SPD-Anhängern). Wesentlich deutlicher fällt dagegen der Unterschied in der Beurteilung der allgemeinen Lage des Landes zwischen den CDU/CSU-Affinen und der Referenzgruppe der Unionsanhänger aus. Bewerten in der Gruppe der Affinen rund zwei Drittel (67 Prozent; Ø 6,3) die Lage in Deutsch-

land überwiegend positiv, sind es in der Anhängerschaft fast acht von zehn (79 Prozent; Ø 7,0), die mit der Situation eher bis ganz und gar zufrieden sind. Dies verwundert nicht, da es sich um das Urteil von Anhängern derjenigen Partei handelt, die durch ihre Regierungsarbeit in den letzten Jahren maßgeblichen Einfluss auf ebenjene Lage nehmen konnte.

Innerhalb der vergleichsweise schwach an die beiden Parteien gebundenen Gruppen zeigen sich dann erneut weitgehend ähnliche Muster. Sowohl bei den SPD-Affinen als auch bei den CDU/CSU-Affinen lässt sich ein recht starker Zusammenhang zwischen Zufriedenheit und dem Bildungsniveau beziehungsweise dem verfügbaren Haushaltseinkommen der Befragten feststellen: je niedriger der formale Bildungsabschluss und je geringer das Einkommen, desto größer ist die Unzufriedenheit. Hier gilt: Die Einschätzung der allgemeinen Lage ist abhängig von persönlicher Betroffenheit und Personen ohne gute Ausbildung und mit wenig finanziellen Mitteln befinden sich häufiger in einer persönlich schwierigeren Situation als Personen mit ausreichenden sozioökonomischen Ressourcen. Damit könnte auch die etwas negativere Sicht der Bevölkerung in den neuen Bundesländern zusammenhängen. Auch politisches Desinteresse geht mit einer größeren Unzufriedenheit einher. Zudem bestätigt sich, dass Parteien mit mehr oder minder ausgeprägtem Protest-

**Grafik 11: Zufriedenheit mit allgemeiner Lage in Deutschland**



**Frage: Wie zufrieden sind Sie mit der allgemeinen Lage in Deutschland?**

Angaben in Prozent. Basis: Anhänger und Affine.

charakter wie der Linken und der Piraten als Auffangbecken für Unzufriedene dienen. Ihre Anhänger unter den SPD- bzw. CDU/CSU-Affinen beurteilen die Situation in Deutschland deutlich skeptischer. Dasselbe gilt für die Nichtwähler unter den Wahlberechtigten mit Affinität zu einer der beiden Volksparteien.

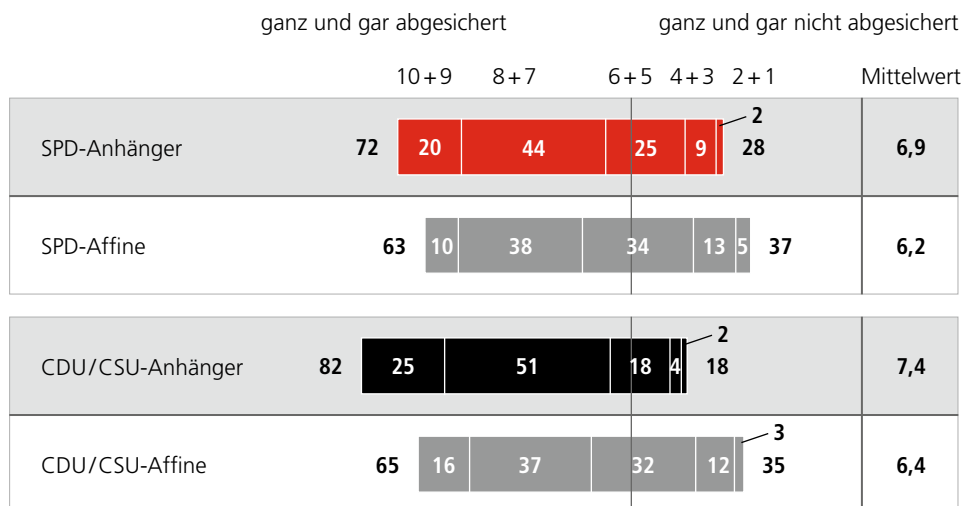
Wechselt man von der Einschätzung der allgemeinen zur Einschätzung der persönlichen Lage, fallen die Unterschiede zwischen den SPD-Affinen beziehungsweise den CDU/CSU-Affinen und der jeweiligen Anhängerschaft nochmal wesentlich deutlicher aus. So fühlen sich in der Gruppe der Wahlberechtigten mit SPD-Affinität zwar fast zwei Drittel (63 Prozent; Ø 6,2) eher bis stark abgesichert, in der Kontrollgruppe der SPD-Anhänger sind es jedoch fast drei Viertel (72 Prozent; Ø 6,9). Und während sich 82 Prozent der Unionsanhänger eher bis ganz und gar abgesichert fühlen (Ø 7,4), sind es bei denjenigen mit Affinität zur Union nur 65 Prozent (Ø 6,4).

Auch hier hängt die Einschätzung der Befragten ganz entscheidend mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen zusammen. So fühlen sich in beiden Gruppen mit Affinität Personen, die mit einem Hauptschulabschluss nicht auf eine weitergehende Ausbildung verweisen kön-

nen und Menschen, die pro Monat mit einem Haushaltseinkommen von unter 1.500 Euro auskommen müssen, relativ schlecht abgesichert. Auch Bewohner der neuen Bundesländer machen sich diesbezüglich häufiger Sorgen als die Westdeutschen. Überdurchschnittlich prekär schätzen zudem die aktuellen Nichtwähler und die Piraten-Anhänger in diesen Gruppen ihre persönliche Lage ein.

Damit weisen alle drei genannten Indikatoren darauf hin, dass eine größere Unzufriedenheit mit den Volksparteien beziehungsweise eine vergleichsweise schwache Bindung an selbige mit einer insgesamt größeren Distanz zur Politik sowie einer insgesamt gesteigerten Unzufriedenheit einhergeht: die Affinen sind politisch weniger stark interessiert, schätzen die allgemeine Lage in Deutschland schlechter und ihre persönliche Situation deutlich prekärer ein als die Anhänger einer der beiden Volksparteien. Innerhalb der affinen Segmente sind es vor allem diejenigen Menschen, die auf Grund von mangelnden sozioökonomischen Ressourcen mit schwierigeren Lebensverhältnissen zurechtkommen müssen, die besonders weit vom Politikgeschehen entfernt sind beziehungsweise am meisten Unbehagen mit der derzeitigen allgemeinen und persönlichen Lage äußern.

**Grafik 12: Individuelles Gefühl der Absicherung**



**Frage: Wie sehr fühlen Sie sich in Ihrem Leben abgesichert?**

Angaben in Prozent. Basis: Anhänger und Affine.

### 3.3 Gründe für eine schwache Bindung an die SPD und die CDU/CSU

Die Wahlberechtigten mit SPD-Affinität und die Wahlberechtigten mit CDU/CSU-Affinität wurden zudem danach gefragt, was ihnen derzeit an der SPD beziehungsweise an den Unionsparteien nicht gefällt. Die Antworten auf diese offen gestellte Frage geben Aufschluss über die Gründe der Unzufriedenheit dieser Gruppen, die nur eine schwache Bindung an die jeweilige Partei aufweisen und sie derzeit nicht wählen würden.

#### Gründe für die Unzufriedenheit mit der SPD

Um eine systematische Auswertung dieser Frage zu ermöglichen, wurden die offenen Nennungen codiert und zu Kategorien zusammengefasst. Diese einzelnen Kategorien konnten dann wiederum drei allgemeinen Dimensionen zugeordnet werden: Demnach hat sich ein Drittel (33 Prozent) der SPD-Affinen kritisch zum Erscheinungsbild beziehungsweise zur Außendarstellung der Partei geäußert. Knapp ein Fünftel (19 Prozent) war mit den Spitzenpolitikern beziehungsweise den Personalentscheidungen der Partei nicht einverstanden und 12 Prozent übten Kritik an der programmatischen Ausrichtung der

SPD. Von den Affinen wird dabei die Außendarstellung der Partei negativer bewertet als von den SPD-Anhängern. Die Inhalte sind dagegen etwas seltener Gegenstand der Kritik. Die vergleichsweise große Bedeutung negativer Äußerungen zum Erscheinungsbild und zu Personalfragen gegenüber inhaltlicher Kritik ist Beleg für die These, dass in der medialen Politikvermittlung häufig mehr Wert auf die Ansprache der Affekte des Publikums (unter anderem durch eine starke Personalisierung) als auf sachbezogene Berichterstattung gelegt wird (Oberreuter 2009: 50). Dazu muss jedoch einschränkend erwähnt werden, dass die unter der Überschrift „Erscheinungsbild“ zusammengefassten Kategorien häufig auch inhaltliche oder personelle Aspekte anschnitten und die Abgrenzung zum Teil schwer fällt. So betrifft zum Beispiel die Kritik, eine Partei verliere durch die Aufgabe bestimmter Positionen an Profil, nicht nur die Außendarstellung der Partei, sondern berührt auch deren Inhalte. Und die ebenfalls unter „Erscheinungsbild“ subsummierte Feststellung, dass eine Partei nicht geschlossen ist, kritisiert gleichzeitig das öffentliche Erscheinungsbild und die agierenden Personen.

Im Hinblick auf die Außendarstellung der Partei wird von den Affinen vergleichsweise häufig moniert, dass die SPD

Grafik 13: Was gefällt derzeit NICHT an der SPD? – Übersicht

	SPD-Anhänger	SPD-Affine
Erscheinungsbild/ Außendarstellung	28	33
Personal/-politik	18	19
Politische Inhalte	15	12

#### Frage: Gibt es etwas, was Ihnen an der SPD derzeit nicht gefällt? Was stört Sie am meisten?

Weitere Nennungen: Sonstiges/Nichts/weiß nicht/keine Angabe.

Angaben in Prozent (Nettosummen), Basis: SPD-Anhänger und SPD-Affine.

kein klares Profil mehr habe. Es fällt ihnen schwer, die Partei inhaltlich und politisch zu verorten. Ein Beispiel: „Die haben keine eindeutigen Standpunkte, sie sind weder rechts- noch linksorientiert.“ Manche stellen in diesem Zusammenhang auch Widersprüche in den Aussagen der Sozialdemokraten fest, die als Wankelmütigkeit interpretiert werden. Dies gilt insbesondere für die Haltung der Partei zu den in Regierungsverantwortung eingeführten Reformen wie der Rente mit 67 und Hartz IV, die in der vergangenen Legislaturperiode in der Oppositionsrolle in Teilen korrigiert wurde. Der im Hinblick auf das Erscheinungsbild am zweithäufigsten genannte Kritikpunkt ist ein wahrgenommener Mangel an Geschlossenheit. Ein Teil der Affinen begründet seine Unzufriedenheit zudem mit dem Vorwurf fehlender Glaubwürdigkeit, wobei hier bei vielen Nennungen eher grundsätzliche Vorbehalte gegenüber allen Parteien deutlich werden („Dass die genauso das Volk verraten und verkaufen wie alle anderen auch.“).

Was Personalfragen anbelangt, äußern die SPD-Affinen zum einen Kritik am damaligen Spitzenkandidaten Peer Steinbrück, der zum Zeitpunkt der Erhebung starker medialer Kritik ausgesetzt war. Manche attestieren der SPD auch einen generellen Mangel an geeignetem Führungspersonal. In diesem Zusammenhang wird teilweise der Vergleich zu früheren Spitzenpolitikern gezogen, die über mehr Ausstrahlung und Führungsstärke verfügt hätten: „Willy Brandt oder Helmut Schmidt fehlen irgendwie, das waren noch Persönlichkeiten.“

Konkrete Kritik an den politischen Inhalten wird vergleichsweise selten geübt. Ein Teil der Unzufriedenen attestiert der SPD jedoch eine Abkehr vom sozialen Profil und damit vom Markenkern der Sozialdemokraten. So wird vereinzelt beanstandet, dass das Programm nicht mehr sozial und arbeitnehmerfreundlich genug sei und die SPD somit die Interessen ihrer eigentlichen Klientel vernachlässige. In diesem Kontext wird allerdings nur noch gelegentlich Unzufriedenheit mit der früheren Regierungspolitik geäußert, insbesondere mit der unter Rot-Grün beschlossenen Agenda 2010 und der von der großen Koalition verabschiedeten Rente mit 67.

Die von den Befragten genannten Kritikpunkte illustrieren das Dilemma, dem die SPD als Volkspartei derzeit gegenübersteht: einerseits muss sie versuchen, den unterschiedlichen Bedürfnissen einer heterogenen Wählerschaft und in Regierungsverantwortung auch den Herausforderungen der Zeit gerecht zu werden. Andererseits muss sie darauf achten, dass dies nicht zu Lasten der eigenen Erkennbarkeit geht. Die Befunde bestätigen zudem, dass die in der öffentlichen Debatte und in der Literatur häufig vertretene Ansicht einer tiefen Spaltung der SPD, die „durch den sozialstaatlichen Reformkurs unter Bundeskanzler Gerhard Schröder“ ausgelöst wurde (Eith 2010: 123), tatsächlich oftmals Auslöser für die Unzufriedenheit der Wahlberechtigten mit der Partei und häufig auch für eine in den vergangenen Jahren gewachsene Entfremdung ehemaliger Wähler mit der SPD ist.

### **Gründe für die Unzufriedenheit mit der CDU/CSU**

Bei den Gründen für die Unzufriedenheit mit der Union zeigt sich eine deutlich andere Gewichtung als bei der SPD. Dominierte bei den Sozialdemokraten die Kritik am Erscheinungsbild der Partei eindeutig über negative Äußerungen zur programmatischen Ausrichtung, so sind diese beiden Dimensionen für CDU/CSU-Affine bei der Bewertung der Union fast gleich wichtig: jeweils rund ein Drittel bemängelt demnach die Außendarstellung der Partei (32 Prozent) und die politischen Inhalte (30 Prozent). Deutlich seltener als bei den SPD-Anhängern wird Kritik am Personal der Unionsparteien laut: bei denjenigen, die mit der CDU/CSU vergleichsweise unzufrieden sind, ist Kritik am Personal der Partei nur für 7 Prozent Grund für den Missmut. Dies überrascht nicht, da auch alle anderen Umfragen im Vorfeld der Bundestagswahl als größten Trumpf der Union im Wahlkampf die große und parteiübergreifende Popularität der Kanzlerin ausmachten. Im Vergleich zu den CDU/CSU-Anhängern sticht bei denjenigen mit Affinität zur Partei vor allem die stärkere Kritik an der programmatischen Ausrichtung der Union ins Auge.

	CDU/CSU-Anhänger	CDU/CSU-Affine
Erscheinungsbild/ Außendarstellung	32	32
Politische Inhalte	22	30
Personal/-politik	7	7

**Frage: Gibt es etwas, was Ihnen an der CDU/CSU derzeit nicht gefällt? Was stört Sie am meisten?**

Weitere Nennungen: Sonstiges/Nichts/weiß nicht/keine Angabe.

Angaben in Prozent (Nettosummen). Basis: CDU/CSU-Anhänger und CDU/CSU-Affine.

An der Außendarstellung der Union werden von den Affinen unter anderem die innerparteilichen Streitigkeiten bemängelt, wobei den meisten davon die Unstimmigkeiten zwischen den beiden Schwesterparteien CDU und CSU missfallen. Für die Mehrheit ist die CSU unter Horst Seehofer Urheber des geschwisterlichen Zwists, da sie „nicht loyal gegenüber den anderen Regierungsparteien“ sei. Als Konsequenz daraus würden sich die beiden Parteien zu viel mit sich selbst beschäftigen. Wie die Sozialdemokraten sieht sich auch die Union mit dem Vorwurf konfrontiert, dass sie zunehmend an Profil verliere. Bei der Union gründet sich diese Einschätzung häufig auf die Tatsache, dass die Partei in den letzten Jahren einige traditionelle Positionen aufgegeben hat, also „zum Beispiel die Wehrpflicht abgeschafft, dann die Energiewende veranlasst“ hat. Diese inhaltlichen Kehrtwenden werden als programmatische Beliebigkeit wahrgenommen, die sich vor allem an „wahltaktischen Gründen“ ausrichten. Im Zusammenhang damit ist auch der kritische Blick auf die Glaubwürdigkeit der Partei zu sehen. Denn neben den üblichen Vorwürfen gegenüber einer Regierungspartei („Im Vorfeld der Wahlen Versprechen machen, die danach nicht gehalten werden.“), führt die wahrgenommene Profil- und Konzeptlosigkeit auch dazu, dass die Union von manchen als „nicht mehr authentisch“ empfunden wird. Folglich bestätigt sich: nicht nur innerhalb der (potenziellen) sozialdemokratischen Anhängerschaft ha-

ben viele ein Problem damit, dass die Parteispitze traditionelle Positionen und Werthaltungen zugunsten der Sicherung der Mehrheitsfähigkeit aufgegeben hat. Dieses Dilemma trifft in gleicher Weise auf die Union und ihre (potenzielle) Wählerschaft zu (Eith 2010: 118). Teilweise wird zudem das Verhalten der CDU und CSU als undemokratisch bzw. intransparent kritisiert.

Inhaltlich bemängeln die Affinen vor allem den Umgang der Union mit der Euro- und Schuldenkrise. In dieser Gruppe sind vergleichsweise viele der Ansicht, dass die Rettung des Euros und die Unterstützung von Krisenländern die deutschen Steuerzahler zu viel Geld kostet. Zudem wird auch die Konzentration auf außenpolitische Belange vor dem Hintergrund der Krise zu Lasten der Innenpolitik kritisiert: „Zu viel Europapolitik. Innenpolitisch, was das Land betrifft, wird sehr wenig getan.“ Mehr Einsatz wünscht man sich von den Unionsparteien vor allem im Bereich der Arbeits-, Sozial- und Rentenpolitik. Anstoß nimmt man in diesem Segment vor allem an der damals noch ablehnenden Haltung der CDU/CSU gegenüber Mindestlöhnen, an den mangelnden Bemühungen zum Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit und an nicht eingehaltenen Versprechen im Bereich der Rentenpolitik. Für manche rührt die Unzufriedenheit mit der Union schließlich von der generellen Einschätzung her, dass sie sozial nicht engagiert genug und zu wirtschaftsnah sei.

Die Kritik am Personal der Union spielt für die Affinen (genau wie für die Anhänger) nur eine untergeordnete Rolle. Wird doch einmal Unmut geäußert, dann an der Person Merkmals, die wegen ihres Politikstils manchen als „inkonsequent und unzuverlässig“ und anderen als zu passiv und zögerlich gilt. Ein ebenfalls kleiner Teil bemängelt zudem die „Fixierung auf eine Person“ innerhalb der Union.

### 3.4 Für beide Volksparteien nicht Erreichbare

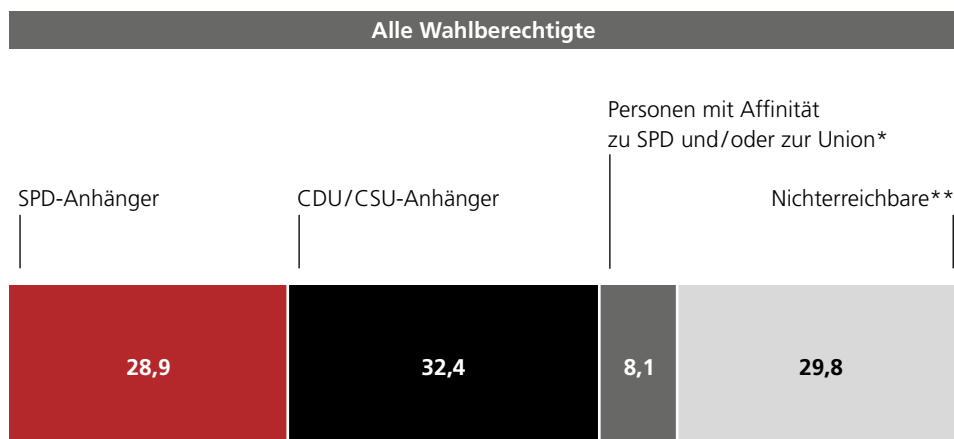
In den vorhergehenden Abschnitten wurde die Segmentierung der Wahlberechtigten hinsichtlich ihrer Bindung an die SPD beziehungsweise die Union jeweils einzeln vorgenommen. Dieses separate Vorgehen trug der Tatsache Rechnung, dass eine Person Anhänger einer der beiden Parteien sein kann (und somit eine starke Bindung zu ihr aufweist) und gleichzeitig eine Affinität zur jeweils anderen Partei aufweisen kann. Um zu ermitteln, wie groß der Anteil der Bürger ist, die für keine der beiden Parteien erreichbar sind, wurde in einem weiteren Schritt die Grundgesamtheit in vier disjunkte Segmente eingeteilt. Zwei dieser voneinander unabhängigen Gruppen sind bereits bekannt und dienen in der bisherigen Analyse als Referenzgruppen, nämlich die SPD-Anhänger

(28,9 Prozent der Wahlberechtigten) und CDU/CSU-Anhänger (32,4 Prozent), jeweils unterteilt in stark und schwach Gebundene sowie Wechselbereite. Die restlichen Wahlberechtigten können zwei weiteren Segmenten zugeordnet werden. 8,1 Prozent sind Wahlberechtigte, die weder Anhänger der SPD noch der Union sind, aber zumindest eine gewisse Affinität zu einer oder beiden Volksparteien haben. Die vierte Gruppe besteht aus denjenigen Befragten, die über keinerlei Bindung zu einer der beiden Volksparteien verfügen und somit weder für die Sozialdemokraten noch für die Union derzeit erreichbar sind. Diese Gruppe, bei der von einer großen und auch dauerhaften Distanz zu den Volksparteien ausgegangen werden muss, umfasst immerhin 29,8 Prozent der Wahlberechtigten.

### Politische Herkunft

Bei den Wahlberechtigten in diesen beiden zuletzt genannten Gruppen – den Personen mit Affinität zu einer/beiden Volksparteien und den weder für die SPD noch für die Union Erreichbaren – ist besonders interessant, inwieweit ihre nicht oder nur sehr schwach vorhandene Bindung an die Volksparteien von einer anderen Partei aufgefangen wird oder ob sie vielmehr zur Wahlenthaltung

Grafik 15: Alle Wahlberechtigte: Verhältnis zu beiden Volksparteien



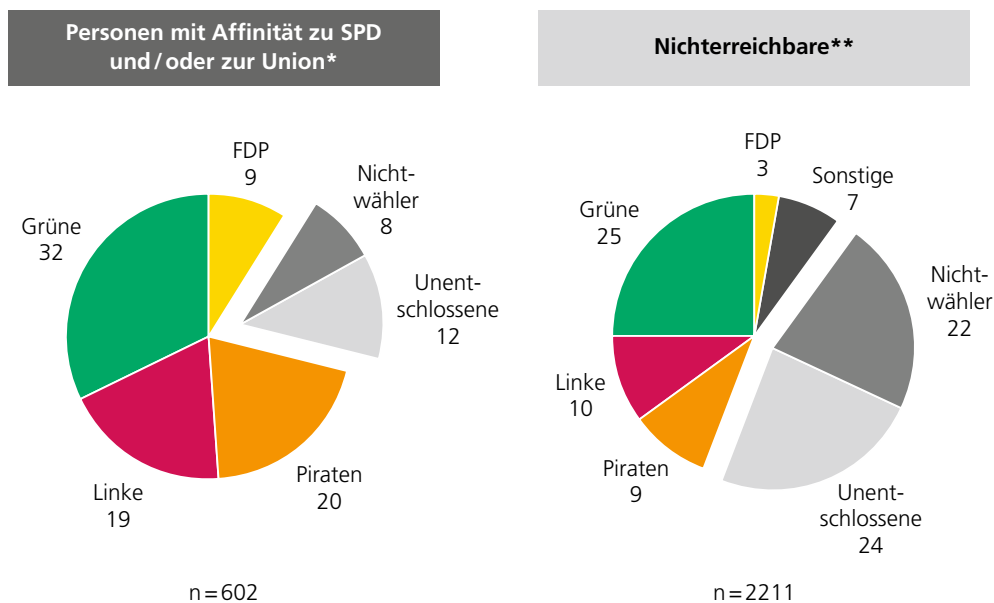
Fehlende Werte zu 100 %: nicht segmentiert.

\* Affinität zu SPD und/oder CDU/CSU, aber nicht Anhänger einer der beiden Volksparteien.

\*\* Personen, die weder für die SPD noch für die CDU/CSU erreichbar sind.

Angaben in Prozent. Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland





**Frage: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?**

Angaben in Prozent.

\* Affinität zu SPD und/oder CDU/CSU, aber nicht Anhänger einer der beiden Volksparteien.

\*\*Personen, die weder für die SPD noch für die CDU/CSU erreichbar sind.

neigen beziehungsweise hinsichtlich ihrer parteipolitischen Präferenz unentschlossen sind. Der Blick auf die Affinen zeigt, dass diese Gruppe bei den kleineren Parteien beheimatet ist: ein Drittel (32 Prozent) hätte im Oktober 2012 die Grünen bei einer Bundestagswahl gewählt, ein Fünftel (20 Prozent) die Piratenpartei und fast genauso viele (19 Prozent) die Linke. Den Liberalen hätte in dieser Gruppe jeder Elfte (9 Prozent) seine Stimme gegeben. Zur Wahlenthaltung neigen nur 8 Prozent, unentschlossen waren zum damaligen Zeitpunkt 12 Prozent. Damit handelt es sich bei dieser relativ kleinen Gruppe von Wahlberechtigten nicht um besonders politikferne Menschen, sondern vorwiegend um Anhänger kleinerer Parteien, die gleichzeitig über eine – wenn auch schwache – Bindung an die SPD und/oder die Union verfügen.

Ganz anders bei denjenigen, die für keine der beiden großen Parteien erreichbar sind. Hier gibt fast die Hälfte an, an der Bundestagswahl nicht teilnehmen zu wollen (22 Prozent) oder diesbezüglich keine Festlegung vornehmen zu können (24 Prozent). Zumindest für diese Gruppe

scheint die pessimistische Sichtweise zuzutreffen, dass der Verlust an Bindungskraft der beiden Volksparteien nicht vollständig von anderen Parteien kompensiert werden kann (Löschke 2009: 11) und somit zu einer generellen Demokratiedistanz führt.

**Soziostrukturelle Zusammensetzung**

Obwohl die Gruppe der für keine der beiden Volksparteien erreichbaren Wahlberechtigten in mancherlei Hinsicht als heterogen gelten kann – schließlich neigen alle Personen in dieser Gruppe entweder keiner oder einer der kleineren Parteien zu – fallen die Unterschiede in der Sozialstruktur im Vergleich zur Gesamtheit der Wahlberechtigten eher gering aus. Auffällig, wenngleich wenig überraschend, ist der geringe Anteil von älteren Menschen über 60 Jahren in diesem Segment (-8 Punkte im Vergleich zu allen Wahlberechtigten). Dies erklärt sich durch den vergleichsweise großen Anteil dieser Altersgruppe in den Anhängerschaften von Union und SPD. Damit einher geht der relativ große Anteil an Berufstätigen

gen in dieser Gruppe (+6 Punkte). Außerdem sind in der Gruppe derjenigen, die weder für die SPD noch für die Union erreichbar sind, die ostdeutschen Bundesländer überdurchschnittlich vertreten (+4 Punkte), was wieder-

um mit der starken Bindung vieler ostdeutscher Bürger an die Linke zu tun haben dürfte sowie mit der in Ostdeutschland insgesamt geringeren Bindungskraft der Parteien.

Grafik 17: Affine und Nichterreichbare für beide Volkparteien: Sozialstruktur I

	Gesamt n = 7436	SPD- Anhänger n = 2152	CDU/CSU- Anhänger n = 2412	Affine* n = 602	Nicht- erreichbare** n = 2211
<b>Alter</b>					
18–24 Jahre	10	8	10	13	12
25–34 Jahre	12	10	14	9	14
35–44 Jahre	15	12	14	17	17
45–59 Jahre	30	31	26	34	32
60 und älter	33	39	36	27	25
<b>Geschlecht</b>					
männlich	48	50	46	53	47
weiblich	52	50	54	47	53

\* Affinität zu SPD und/oder CDU/CSU, aber nicht Anhänger einer der beiden Volksparteien.

\*\*Personen, die weder für die SPD noch für die CDU/CSU erreichbar sind.

Angaben in Prozent. Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland.

Grafik 18: Affine und Nichterreichbare für beide Volkparteien: Sozialstruktur II

	Gesamt n = 7436	SPD- Anhänger n = 2152	CDU/CSU- Anhänger n = 2412	Affine* n = 602	Nicht- erreichbare** n = 2211
<b>Bildung</b>					
Hauptschule	32	35	32	28	29
Mittlere Reife	39	39	40	39	39
Abitur	13	12	14	15	15
Studium	13	12	12	17	14
<b>Berufstätige</b>	59	55	57	61	65
<b>Kinder unter 14</b>	21	19	22	18	22
<b>Region</b>					
West	78	79	82	70	74
Ost	22	21	18	30	26

\* Affinität zu SPD und/oder CDU/CSU, aber nicht Anhänger einer der beiden Volksparteien.

\*\*Personen, die weder für die SPD noch für die CDU/CSU erreichbar sind.

Angaben in Prozent. Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland.

## 4. Zusammenfassung und Fazit

Der Mehrwert der vorliegenden Untersuchung besteht im Wesentlichen aus zwei Faktoren. Zum einen wurde im Rahmen dieser Erhebung versucht, den Grad der Bindung an die beiden Volksparteien SPD und CDU/CSU nicht nur durch die Abfrage zurückliegenden Wahlverhaltens und zukünftiger Wahlabsichten, sondern vielmehr durch eine Segmentierung der Wahlberechtigten anhand der drei psychologischen Dimensionen Zufriedenheit, Wichtigkeit und Ambivalenz zu bestimmen. Die Segmentierungen zeigen, dass etwas mehr Wahlberechtigte eine vergleichsweise starke Bindung an die Union haben als an die SPD. Insbesondere der Anteil der stark gebundenen Anhänger fällt bei der Union deutlich höher aus als bei der SPD. Dies dürfte sicher auch zum Erfolg der Union bei der zurückliegenden Bundestagswahl beigetragen haben. Dementsprechend gibt es in der Grundgesamtheit der Wahlberechtigten auch etwas mehr Menschen, die mit der SPD vergleichsweise unzufrieden sind (Affine und Nichterreichbare) als mit den Unionsparteien. Jedoch kann die SPD für sich verbuchen, dass innerhalb der Gruppe derjenigen, die sie derzeit nicht wählen würden, etwas mehr Wahlberechtigte zumindest eine schwache Bindung zu ihr aufweisen als dies bei der Union der Fall ist. Die synoptische Auswertung der Segmentierung ergibt zudem, dass fast 40 Prozent der Wahlberechtigten mit beiden Volksparteien unzufrieden sind, folglich also nur eine sehr schwache Bindung an eine oder beide Parteien aufweisen (kleinerer Teil) oder weder für die SPD noch für die Union erreichbar sind (größerer Teil). Bei letzteren, also den Nichterreichbaren, zeichnet sich eine generell große Distanz gegenüber allen demokratischen Parteien ab, da fast die Hälfte bekennde Nichtwähler oder hinsichtlich ihrer parteipolitischen Präferenz Unentschlossene sind. An dieser Stelle wird somit die Ausgangshypothese bestätigt, dass der Vertrauensverlust in die Volksparteien mit einer wachsenden Politikferne einhergeht, die auf eine zunehmende Demokratiedistanz hinweist.

Die Relevanz der Analyse basiert zum anderen auf der Realisierung einer sehr großen Fallzahl. Insgesamt wurden mehr als 7.400 Personen befragt, so dass eine detaillierte Beschreibung der einzelnen Segmente möglich war. Hier bestätigen die Ergebnisse zunächst, dass insbesondere innerhalb der stark gebundenen Anhänger der beiden Volksparteien viele Personen bereits älter als 60 Jahre sind, in diesen Jahrgängen die Parteibindung folglich oftmals stärker ausgeprägt ist als bei den Jüngeren. Dies zeigt sich auch mit Blick auf die mit den Sozialdemokraten unzufriedenen Segmente (Wechselbereite, Affine und Nichterreichbare), in denen die Befragten im Durchschnitt deutlich jünger sind. Hinsichtlich ihrer Sozialstruktur haben die Unzufriedenen mit der SPD und die Unzufriedenen mit der Union außerdem gemein, dass hier mehr Menschen im Berufsleben stehen und Kinder unter 14 Jahren haben als in der Anhängerschaft der jeweiligen Partei. In den Segmenten mit schwacher Bindung an die SPD und/oder die Union befinden sich zudem mehr Menschen, die in den neuen Bundesländern beheimatet sind. In den Segmenten, die für die Volksparteien nicht erreichbar sind, befinden sich darüber hinaus viele Bürger, die eine große Distanz zu allen Parteien aufweisen. Dies wird vor allem an dem hohen Anteil an Nichtwählern und parteipolitisch Unentschlossenen in diesen Gruppen deutlich. Zudem bringen die SPD-Affinen beziehungsweise CDU/CSU-Affinen im Vergleich zur jeweiligen Anhängerschaft weniger Interesse für das politische Geschehen in Deutschland auf. In diesen Segmenten zeigt sich zudem, dass eine schwächere Bindung zu den Volksparteien mit einer größeren Unzufriedenheit hinsichtlich der allgemeinen und persönlichen Lage einhergeht.

Die Gründe für die schwache Bindung an die Sozialdemokraten und die Unionsparteien sind insbesondere im Erscheinungsbild der Parteien zu suchen. Neben mangelnder Geschlossenheit wirft man den beiden Parteien häufig

Wankelmütigkeit und Profillosigkeit vor. Die Bürger haben zunehmend Schwierigkeiten, zu erkennen, wofür die Parteien stehen und was sie unterscheidet. Die in der politikwissenschaftlichen Literatur vertretene Meinung, dass die „tiefere ideologische Durchdringung“ der Volksparteien abgenommen habe (Lösche 2009: 11), wird also durchaus auch von den Wahlberechtigten wahrgenommen und geteilt. Hinzu kommt ein genereller Trend zur Entideolo-

gisierung der Politik, was wiederum zu einer zurückgehenden Bindung an die jeweils „eigene“ Partei führt. Schließlich führt die Individualisierung der Lebens- und Denkweisen zu immer heterogeneren Ansprüchen an Parteien – und insbesondere an Volksparteien – die im Ergebnis politische Unzufriedenheit verstärken, da unmöglich alle Anspruchsgruppen gleichzeitig zufrieden gestellt werden können.

- Eith, Ulrich (2010): Volksparteien unter Druck. Koalitionsoptionen, Integrationsfähigkeit und Kommunikationsstrategien nach der Übergangswahl 2009, in: Karl-Rudolf Korte (Hrsg.): Analysen zur Bundestagswahl 2009, Wiesbaden: VS-Verlag, 117-128.
- GfK Gruppe (2011): Wohltätigkeitsorganisationen und Richter gewinnen international an Vertrauen. Internationale GfK-Studie zum Vertrauen der Bürger in 20 verschiedene Berufsgruppen und Organisationen, abrufbar unter: [http://www.gfk.com/imperia/md/content/presse/pressemitteilungen\\_2011/20110617\\_trust\\_index\\_dfin.pdf](http://www.gfk.com/imperia/md/content/presse/pressemitteilungen_2011/20110617_trust_index_dfin.pdf) (04.02.2014).
- Hofmeyr, Jan/Rice, Butch (2000): Commitment Led Marketing, Toronto: Wiley.
- Holtmann, Everhard (2012): Der Parteienstaat in Deutschland. Erklärungen, Entwicklungen, Erscheinungsbilder, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Infratest dimap (2013): Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung für die Konferenz „Bürger und Parlamente – Bürger gegen Parlamente?“ am 25.02.2013 in Zusammenarbeit mit der Herbert-Quandt-Stiftung und der Stiftung Zukunft Berlin, abrufbar unter [http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/Parlamentarismus\\_1302.pdf](http://www.infratest-dimap.de/uploads/media/Parlamentarismus_1302.pdf) (08.01.2014).
- Lösche, Peter (2009): Ende der Volksparteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 51/2009, 6-12.
- Merkel, Wolfgang (2009): Der Parteienverächter. Wider den publizistischen Stammtisch – ein Zwischenruf, in: WZB-Mitteilungen, Heft 124: 13-16.
- Merz, Stefan/Hofrichter, Jürgen (2013): Wähler auf der Flucht: die Wählerwanderung zur Bundestagswahl 2009, in: Bernhard Weßels, Oscar W. Gabriel, Harald Schoen (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 2009, Springer VS 2013, 97-117.
- Niedermayer, Oskar (2013): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2013. Arbeitshefte a. d. Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 20, FU Berlin 2013.
- Oberreuter, Heinrich (2009): Parteiensystem im Wandel – Haben die Volksparteien Zukunft?, in: Volker Kronenberg, Tilman Mayer (Hrsg.): Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen, Freiburg: Herder Verlag, 43-59.
- Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 4 (1): 131-156.
- Schäfer, Arnim/Vehrkamp, Robert/Gagné, Jérémie Felix (2013): Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013, Bertelsmann Stiftung, abrufbar unter: [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-AFF97C4C-0ABFB86A/bst/xcms\\_bst\\_dms\\_39163\\_39164\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-AFF97C4C-0ABFB86A/bst/xcms_bst_dms_39163_39164_2.pdf) (13.12.2013).

## 6. Nachwort des Herausgebers

### Politische Unzufriedenheit – Konsequenzen für die politische Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

von Dietmar Molthagen

Die Demokratieförderung ist der Gründungsauftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung und bis heute ihr zentrales Ziel – in Deutschland und weltweit. Mit Angeboten der politischen Bildung, mit öffentlichen Diskussionsforen zum direkten Austausch von Politiker\_innen, Expert\_innen und Bürger\_innen und mit unseren Projekten der gemeinwohlorientierten Politikberatung leistet die Friedrich-Ebert-Stiftung einen vielfältigen Beitrag für ein demokratisches Politikverständnis und beteiligungsorientierte politische Entscheidungsprozesse.

Daher besorgt uns die zu beobachtende Politikverdrossenheit, die sich in sinkender Wahlbeteiligung und abnehmender Mitgliedschaft in Parteien oder anderen gesellschaftlichen Großorganisationen zu erkennen ist. Eine politische Stiftung, die den Werten der sozialen Demokratie verpflichtet ist, muss alarmiert sein, wenn Politikverdrossenheit in Demokratieverdrossenheit mündet, die ebenfalls in Deutschland zu beobachten ist: angesichts pauschaler Kritik an Parteien, Parlamenten und Politiker\_innen oder angesichts bis in die Mitte der Gesellschaft verbreiteter rechtsextremer Einstellungen.

So vielfach Politikverdrossenheit jedoch in Debatten erwähnt wird, so vergleichsweise gering ist der Wissensstand darüber, wer eigentlich aus welchen Gründen zu diesem Bevölkerungsteil gehört. Insofern schließt die vorliegende Studie eine Wissenslücke, indem sie der Frage nachgeht, inwiefern Unzufriedenheit mit den Volksparteien – die ja bekanntlich vor einigen Jahrzehnten weite Teile der Bevölkerung politisch an sich zu binden vermochten – ein Indikator für Politik- oder sogar Demokratieverdrossenheit ist und welche Gründe die Betroffenen selbst für ihre Unzufriedenheit angeben.

Die vorliegenden Studienergebnisse fordern in mehrfacher Hinsicht Konsequenzen für die politische Bildungsarbeit:

#### Direkte politische Kommunikation

In der Mehrheit der Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung ist das direkte Gespräch zwischen den Teilnehmenden und Politikvertreter\_innen möglich. So entsteht direkte politische Kommunikation sowie die Möglichkeit, sich gegenseitig ein Bild voneinander zu machen, aufeinander zu hören und voneinander zu lernen.

Dies ist insofern von zentraler Bedeutung bei der Bearbeitung politischer Unzufriedenheit, da viele der in dieser Studie genannten Kritikpunkte sich mit der öffentlichen Meinung gegenüber einzelnen Politiker\_innen oder „der Politik“ insgesamt decken. Der Einfluss medial vermittelter Positionen auf die individuelle politische Meinungsbildung ist im Rahmen der vorliegenden Studie nicht zu belegen. Allerdings ist nicht von der Hand zu weisen, dass eine politikkritische Grundstimmung politische Unzufriedenheit befördert und erleichtert. Es ist einfacher und sozial anerkannter zu sagen, man wäre ja gern Wähler\_in, aber die Angebote der Parteien seien sämtlich indiskutabel. Demgegenüber zuzugeben, man interessiere sich nicht für Politik oder sei am Wahltag einfach zu faul zur Stimmabgabe gewesen, ist demgegenüber negativ konnotiert.

Die Bedeutung der veröffentlichten Meinung wird auch exemplarisch in den erwähnten Diskussionsforen der Friedrich-Ebert-Stiftung deutlich. Immer wieder berichten

Teilnehmende, sie hätten durch das direkte Gespräch mit einem Politiker oder einer Politikerin die bisherige Meinung zu dieser Person überdenken müssen bzw. deren politische Position besser verstehen können.

## Medienkompetenz und journalistische Qualitätskriterien

Eng mit dem vorangegangenen Punkt verbunden ist die Förderung von Medienkompetenz, damit Bürger\_innen befähigt werden, die Mechanismen der vielfältigen analogen und digitalen Medienlandschaft zu verstehen und dort geäußerte Positionen ggf. kritisch hinterfragen können. Auf der anderen Seite fördern etwa die Seminarangebote der Journalisten-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung angehende oder bereits erfahrene Journalist\_innen bei ihrer anspruchsvollen Arbeit, komplexe politische Sachverhalte verständlich und im Einklang mit journalistischen Qualitätskriterien für die Bürgerinnen und Bürger aufzubereiten.

## Einsatz für politisch benachteiligte Personen und Regionen

Selbstverständlich ist nicht alle Kritik an Politiker\_innen und Parteien Folge mangelnder Vermittlung oder medialer Verzerrung. Eine Demokratie lebt davon, dass Kritik am politischen Handeln möglich ist und Veränderungen herbeiführen kann. Insofern darf man die Augen nicht davor verschließen, dass eine Ursache von politischer Unzufriedenheit auf Fehlern beruhen oder auf zwar ungewollten, aber dennoch negativen Auswirkungen politischer Entscheidungen. Für die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung bedeutet dies, die Stimme von politisch benachteiligten Personen und Gruppen im politischen Diskurs hörbar zu machen sowie den politischen Diskurs dorthin zu bringen, wo er allein nicht unbedingt hinkommt. Die langjährige Arbeit zur Flüchtlings- und Asylpolitik sowie für eine bessere Integration von Einwanderern ließe sich an dieser Stelle ebenso als Praxisbeispiel anführen, wie das flächendeckende Netz an Landes- und Regionalbüros, die auch in strukturschwachen Regionen abseits der politischen und ökonomischen Zentren politische Dialoge anbieten.

## Politische Bildung für junge Wähler\_innen

Die Studie hat ergeben, dass jüngere Wählerschichten weniger an die Volksparteien gebunden sind. Zumindest für den Teil der jüngeren Wähler\_innen, die gar keiner Partei zuneigen, wären politische Bildungsangebote wichtig, damit aus Politikferne keine Demokratiedistanz entsteht. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat speziell für diese Zielgruppe bereits Angebote entwickelt, wie den Projekttag „Rettet die Wahlen“, der im Vorfeld der Bundestagswahl 2013 und vor den Europawahlen 2014 an Schulen und in Jugendeinrichtungen angeboten worden ist. Zudem bietet die Friedrich-Ebert-Stiftung seit rund 15 Jahren das „Planspiel Kommunalpolitik“ an, bei dem Jugendliche unter Anleitung der gewählten Verordneten für ein oder mehrere Tage den Stadt- oder Gemeinderat originalgetreu spielen und dabei die Abläufe der Kommunalpolitik praktisch kennen lernen.

Immer wieder neue Zugänge zu jungen Menschen zu finden und immer wieder Methoden zu entwickeln, mit denen sie zu politischen Themen gern arbeiten, ist dabei eine permanente Herausforderung für die Friedrich-Ebert-Stiftung.

## Praktische Bürgerbeteiligung

Wir setzen sehr bewusst partizipative Methoden ein, um gerade auch politikferne Menschen zu erreichen und mit politischen Abläufen vertraut zu machen. Dafür nutzen wir Methoden wie Zukunftswerkstätten, Bürgerkonferenzen, Szenario-Workshops. Solche Verfahren zeigen in aller Regel ein doppeltes Ergebnis: Zum einen haben die Teilnehmenden sowohl etwas über die konkret diskutierte politische Sachfrage gelernt als auch über die Funktionseise des politischen Betriebs und Notwendigkeit der Kompromissfindung in heterogenen Gruppen. Zum anderen entsteht Politikberatung durch den Bürger, wie beispielsweise in einer Reihe von Szenario-Workshops zur Bewältigung des demografischen Wandels in Thüringen oder zur Weiterentwicklung der Bildungslandschaft in einem Brandenburgischen Landkreis.

## Befähigung zum (politischen) Ehrenamt

Die Friedrich-Ebert-Stiftung fördern gezielt das bürger-schaftliche Engagement mit unseren Qualifizierungsangeboten für Ehrenamtliche. Seit mittlerweile Jahrzehnten gibt es ein thematisch vielfältig und geografisch weitver-zweigtes Angebot an Seminaren, das rege in Anspruch genommen wird.

## Neue Aufgaben und Herausforderungen der politischen Bildungsarbeit

Aber natürlich schreiben die Ergebnisse der vorliegenden Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung auch neue Aufgaben ins Stammbuch. Politisch unzufriedene Bürgerinnen und Bürger mit den Angeboten der politischen Bildung überhaupt zu erreichen, ist eine große Aufgabe. Speziell bildungsferne Personen sind eine Zielgrupp, um die sich die Friedrich-Ebert-Stiftung immer wieder besonders bemühen muss.

Auch ist das Aufgreifen von aus Sicht der Bürger\_innen wichtigen Themen eine dauerhafte Zukunftsaufgabe für die politische Bildungsarbeit. Dass das Gefühl der persönlichen Absicherung mit der politischen Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit zu tun hat, konnte die vorliegende Studie nachweisen. Insofern ist mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren, was sie unter persönlicher Sicher-

heit verstehen und welche Vorschläge sie selbst haben, wie mehr Absicherung politisch erreicht werden könnte. Die große Anzahl der politisch Unzufriedenen unter den berufstätigen verweist hingegen auch auf eine struktu-relle Herausforderung für politische Bildung: Wo Arbeits- und Freizeit immer stärker verschmelzen und die zeit-lichen Anforderungen stiegen – erst recht, wenn man Beruf, Familie und gesellschaftliches Engagement ver-einen möchte – stellt sich die Frage nach den zeitlichen Ressourcen, die für politische Bildung und den politischen Diskurs verbleiben. Darauf auch mit verstärkten digitalen Angeboten zu reagieren, E-learning zu intensivieren und netzbasierte Dialoge sowie Mitbestimmungsmöglichkei-ten zu eröffnen, wird die künftige politische Bildungsarbeit prägen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung stellt sich den Herausforde-rungen der Zukunft und ist dankbar für die Anregungen, die die vorliegende Studie zur politischen Unzufriedenheit mit den Volksparteien für ihre eigene Arbeit gegeben ha-ben. Denn bei aller Veränderung von Arbeit und Gesell-schaft von politischer Kultur und Anforderungen an poli-tische Bildung bleibt der Auftrag der Stiftung derselbe: Sich für die Förderung der Demokratie einzusetzen. „De-mokratie braucht Demokraten“ hat Friedrich Ebert 1924 ebenso knapp wie präzise zusammengefasst. Damit es weiterhin überzeugte und engagierte Demokratinnen und Demokraten gibt, führt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihre politisches Bildungs- und Beratungsarbeit durch.



## 7. Abbildungsverzeichnis

Grafik 1: Gemeinsame Stimmanteile von CDU/CSU und SPD bei Bundestagswahlen .....	5
Grafik 2: Alle Wahlberechtigte: Verhältnis zur SPD .....	9
Grafik 3: Alle Wahlberechtigte: Verhältnis zur CDU/CSU .....	10
Grafik 4: SPD-Affine und Nichterreichbare: politische Herkunft .....	11
Grafik 5: CDU/CSU-Affine und Nichterreichbare: politische Herkunft.....	12
Grafik 6: SPD-Segmente: Sozialstruktur I.....	13
Grafik 7: SPD-Segmente: Sozialstruktur II.....	13
Grafik 8: CDU/CSU-Segmente: Sozialstruktur I.....	15
Grafik 9: CDU/CSU-Segmente: Sozialstruktur II .....	15
Grafik 10: Interesse für Politik in Deutschland .....	16
Grafik 11: Zufriedenheit mit allgemeiner Lage in Deutschland .....	17
Grafik 12: Individuelles Gefühl der Absicherung.....	18
Grafik 13: Was gefällt derzeit NICHT an der SPD? – Übersicht.....	19
Grafik 14: Was gefällt derzeit NICHT an der CDU/CSU? – Übersicht .....	21
Grafik 15: Alle Wahlberechtigte: Verhältnis zu beiden Volksparteien .....	22
Grafik 16: Affine und Nichterreichbare für beide Volksparteien: politische Herkunft .....	23
Grafik 17: Affine und Nichterreichbare für beide Volksparteien: Sozialstruktur I.....	24
Grafik 18: Affine und Nichterreichbare für beide Volksparteien: Sozialstruktur II .....	24

